

Das Berthold-Gymnasium zwischen 1807 und 1945

Von
WOLFGANG GÜNTER

„Wir müssen die Karlsruher Uniform anziehen.“ Das Gymnasium zwischen Restauration und Revolution

Als Folge des Friedens von Preßburg fiel Freiburg am 1. Januar 1806 an Baden. Damit verlor die Stadt ihre jahrhundertalte Rolle als Hauptstadt der habsburgischen Vorlande und geriet unter die Herrschaft eines aufgeklärt-absolutistischen Fürsten, der als Vasall Napoleons groß geworden war und mit dem sich der offenkundige Nachteil verband, dass er im nahen Karlsruhe residierte.¹

Nach Lage der Dinge musste es der Stadt Freiburg zunächst darauf ankommen, sich auch unter badischer Herrschaft jene Privilegien zu sichern, mit der sie die milde Herrschaft Habsburgs im Laufe der Jahrhunderte ausgestattet hatte. Bereits am 17. Januar 1806 begab sich deshalb eine Ratsdelegation nach Karlsruhe. Unter vielen anderen Anliegen trug sie die Bitte vor den neuen Landesherren (der noch im gleichen Jahre zum Großherzog avancieren sollte), den Bestand von Universität und Gymnasium zu sichern.² Denn ob sich Baden neben Heidelberg eine zweite Universität und noch ein weiteres Gymnasium würde leisten können, das stand zunächst dahin. Letzteres umso mehr, als die finanziellen Grundlagen des Freiburger Gymnasiums noch im gleichen Jahre wegbrachen (vgl. den vorigen Artikel).

Die Frage nach der Finanzierung verzögerte die Verhandlungen zwischen Stadt und Regierung. Erst als sich Freiburg im März 1807 verpflichtet hatte, jährlich 600 Gulden zum Unterhalt des Gymnasiums beizusteuern, verpflichtete sich auch die badische Regierung, in Freiburg einen Gymnasialfonds mit einem Jahresertrag von 4000 Gulden zu stiften.³ Schlussendlich bestätigte dann das badische Regierungsblatt offiziell den Fortbestand des „Gymnasiums in Freyburg“ und ordnete es gleichzeitig den „katholischen Gymnasien“ des Großherzogtums zu.⁴

Bereits im Herbst 1807 hatte das Gymnasium nach einigen Reformen⁵ – die wichtigste war mit Rücksicht auf den Verbündeten Napoleon die Einführung von Französisch als Unterrichtsfach – den Unterricht wieder aufgenommen. Nach wie vor belegte es das Gebäude in der Brunnenstraße hinter der Universitätskirche.⁶ Aber erstmals seit Jahrhunderten unterstand es nicht mehr der Universität. Es war eine selbständige Anstalt geworden.

An die Stelle der Universität sollte alsbald nach französischem Vorbild der Staat treten. Baden hatte bereits im XIII. Organisationsedikt von 1803 eine erste Ordnung unter die „gemeinen und wissenschaftlichen Lehranstalten“ unterschiedlicher Herkunft und Entwicklung gezogen, die plötzlich seiner Herrschaft unterstanden. Im

Unterschied zu Frankreich sah sich Baden veranlasst, die traditionelle geistliche Schulaufsicht und das geistliche Lehrerprivileg zu erhalten – und zwar aus gutem Grund: „Da ... die meisten Stellen mit Geistlichen besetzt sind, und es stets werden bleiben müssen, weil dieser Stand durch seine Vorbereitung die zweckmäßigste Ausbildung zu den Lehrstellen in sich vereinigt.“⁷ Die prekären Konfessionsverhältnisse ließen es in Baden zudem geraten erscheinen, bei der geistlichen Schulaufsicht auf eine strenge Parität zwischen den Konfessionen zu achten. Dies führte wiederum zu komplizierten Behördenorganisationen und Geschäftsgängen: In dem 1836 gegründeten „Oberstudienrat“ beispielsweise, einer Karlsruher Zentralbehörde, die die Dienst- und Fachaufsicht über die badischen Mittelschulen ausübte, wechselte der Vorsitz regelmäßig zwischen Geistlichen beider Konfessionen.

1814 und damit ein knappes Jahr nach Badens schnellem Frontwechsel zu den Siegern über Napoleon trat ein Lehrplan in Kraft, der unter den Mittelschulen des Landes eine gewisse Einheit der Lehrinhalte und Leistungsanforderungen herstellen wollte. Seine Präambel lässt aufhorchen. Denn statt der rationalen Pragmatik Napoleonischer Bildungspolitik liest man da: „Als Staatsanstalt für höhere Bildung überhaupt nimmt das Gymnasium den ganzen Menschen in dem Schüler in Anspruch, um ihn gleichmäßig in intellektueller und moralischer Hinsicht zu bilden.“ Ziel der gymnasialen Bildung sei deshalb weniger die „blosse Gedächtnisübung“ oder „das blosse Anbilden von Aussen“, sondern die „Selbstthätigkeit“ des Schülers, die wiederum durch geeignete Unterrichtsfächer zu wecken und zu stärken sei.⁸

Zweifelsohne war dieser Entwurf von Wilhelm von Humboldt und seiner Idee der „allseitigen Bildung der Persönlichkeit“, seiner „allgemeinen Menschenbildung“ inspiriert,⁹ die kurz zuvor die preußische Bildungsreform bestimmt und mit ihr das preußische Gymnasium hervorgebracht hatte.¹⁰ Das zum gymnasialen Leitparadigma des 19. Jahrhundert wurde. Die Pädagogik des Neuhumanismus, ihre zweckfreien, nur auf die „vollkommene und harmonische Ausbildung“ des Menschen gerichteten Ziele hatte die ältere, auf zweckhaft-rationale Erziehung und Ausbildung gerichtete Erziehungslehre der Aufklärung zwar in einem stürmischen Prozess überlagert, aber keineswegs verdrängt. Im Gegenteil: Der Streit beider Konzeptionen sollte zur eigentlichen Dynamik der Bildungsgeschichte dieses Jahrhunderts werden.¹¹ Dabei gewannen die „Realien“ und modernen Sprachen nach und nach gegenüber dem Neuhumanismus an Boden: Bis zur Jahrhundertmitte entstanden „Realschulen“ (in Baden zunächst „Höhere Bürgerschulen“ genannt, wie in Freiburg das heutige Rotteck-Gymnasium), die dann wiederum bis zum Ende des Jahrhunderts als „Realgymnasien“ die Abiturfähigkeit gewannen.

Der badische Lehrplan – erarbeitet von dem zuständigen Direktor des Innenministeriums Karl Friedrich Graf zu Benzel-Sternau,¹² der wiederum dem deutschen Idealismus nahestand – übernahm von Preußen¹³ die neuhumanistische Bildungsidee und damit die Dominanz der sprachlichen Bildung mit Griechisch als Pflichtfach. Sie teilte mit Preußen die Geringschätzung der „Realien“, die deshalb auch hier zu „Nebenfächern“ gerieten und mit nur zwei Wochenstunden unterrichtet wurden, wie Geschichte, Geographie und Naturkunde (auch Naturgeschichte genannt). Ansonsten hielt sich Benzel-Sternau aber auch in gebührender Distanz zu Preußen: Die für Humboldts Neuhumanismus so wichtigen Fächer Griechisch, Mathematik und

deutsche Literatur wurden von ihm mit deutlich weniger Stunden ausgestattet. Dafür hielt Baden an Französisch fest (das Preußen erst 1837 und mit geringerer Stundenzahl einführte).

Der Lehrplan schrieb vier Klassen vor, die jeweils zwei Jahre dauern sollten (so gliederte sich etwa die Anfangsklasse, damals noch die „Prima“, in die „Unter-“ und die „Oberprima“). Die Verweildauer an einem Gymnasium betrug also acht Jahre – im Unterschied zum alten österreichischen Gymnasium Academicum, das man in fünf Jahren absolvierte. Freilich verstand sich dieser Lehrplan in Anbetracht der erst noch zu leistenden Landesintegration und der prekären Finanzlage nach den langen Kriegen nur mehr als Orientierung. Auch das Freiburger Gymnasium konnte sich aus Geldmangel nicht daran halten: So hatte Freiburg bereits 1811 die Zahlung des versprochenen Unterhalts eingestellt.¹⁴ Bis 1818 gab es insgesamt nur vier Jahrgangsklassen. Auf Weisung des Innenministeriums errichtete die Direktion dann einen zusätzlichen Jahreskurs.¹⁵ Und durch den freiwilligen Einsatz einiger Lehrer kam 1824 eine weitere Klasse zustande, die dann 1827 staatlich approbiert wurde. Der gesamte Gymnasialkurs dauerte nunmehr sechs Jahre.¹⁶ Und hierbei sollte es vorläufig auch bleiben.

Für die Schüler hatte sich in der Phase des Übergangs zu Baden ohnehin viel geändert. Erstmals hatte das „Großherzogliche Gymnasium in Freyburg“ zum Schuljahresende 1815 in deutscher Sprache eine Einladung zu den öffentlichen Prüfungen am Ende des Schuljahres veröffentlicht¹⁷ und damit angezeigt, dass es seinen Leistungsstand künftig auch von der Öffentlichkeit messen lassen wollte. Schwerer war für viele zu ertragen, dass nunmehr Griechisch Pflichtfach für alle sein sollte. An der Nützlichkeit des Lateins war nicht zu zweifeln, solange noch die meisten Vorlesungen lateinisch gehalten wurden und ein Großteil der wissenschaftlichen Literatur in Latein verfasst war. Wozu man aber Griechisch lernen sollte, das verstand – außer angehenden Theologen – nur noch eine kleine Bildungselite. Bereits Präfekt Kefer hatte deshalb im Programm von 1816 Verständnis für das Griechische angemahnt.¹⁸ Und Präfekt Schmeisser hatte später im gleichen Zusammenhang betont: „Wenn wir bei der Bildung der Jugend nur auf das Rücksicht nehmen sollten, was die Bedürfnisse des Tages befriedigt, ... dann wird die Jugend zu Menschen gebildet, die nicht imstande sind, sich über ihre Zeit zu erheben und die Kultur weiter zu fördern.“¹⁹ Aber diese Argumente überzeugten auf die Dauer nicht alle, insbesondere nicht jene, die sich jetzt – am Vorabend der Industrialisierung – neben Latein auch moderne Fremdsprachen, angewandte Mathematik sowie Naturwissenschaften wünschten. Bis in die 40er-Jahre hinein regnete es deshalb Petitionen gegen Griechisch als Pflichtfach. Sie beschäftigten immer wieder den badischen Landtag und wären 1844 um ein Haar erfolgreich gewesen.²⁰

Über den Lernfrust trösteten zunächst die schülernahen Unterrichtsmethoden des neuen Präfekten, Dr. Heinrich Schreiber, hinweg. Dieser übernahm sein Amt 1822, wechselte aber bereits 1826 an die Universität.²¹ Schreiber wollte die unmittelbare Begegnung mit der Antike und ließ deshalb die Schüler römische Ausgrabungen in Hüfingen, Badenweiler und Riegel projektartig erkunden²² und die besten Berichte in den Programmheften veröffentlichen.²³

Unter seinem Nachfolger Josef Nikolaus Schmeisser (1826–1848) verlor sich frei-

lich wieder dieser Elan. Die stereotypen Programmhefte seiner Periode lassen vermuten, dass ihm mehr an trockener Unterrichtsroutine als an pädagogischer Kreativität gelegen war.²⁴ Aufgrund seiner Natur und wohl auch seines Fleißes war er indessen das ideale Werkzeug für einen Staat, der sich gerade zu seiner Zeit anschickte, immer dichter in alle Belange von Schule und Bildung hineinzuregieren.

Zunächst wurde das Gymnasium dem obrigkeitlichen Überwachungsstaat der Reaktionszeit unterworfen. In Ausführung der Karlsbader Beschlüsse verpflichtete das Innenministerium die Präfekten der Mittelschulen im Herbst 1819, das politische Verhalten ihrer Schüler und Lehrer eingehend zu kontrollieren und alle Veröffentlichungen – so auch die jährlichen Programmhefte – vor Drucklegung dem Innenministerium zur Zensur vorzulegen.²⁵ Ein weiterer Erlass des Jahres 1823 verbot den Schülern jede größere Zusammenkunft außerhalb der Schule, insbesondere die Mitgliedschaft in Verbindungen oder die Teilnahme an Trinkgelagen und Kommersen nach Art der Studenten. Und 1825 verordnete das Innenministerium den Freiburger Gymnasiasten nach dem Vorbild des Karlsruher Gymnasiums eine Schuluniform, bestehend aus einem „mit einer einfachen goldenen Schnur unten besetzten, violett-farbenen Samtkragen“, der „auf jeder Kleidung, Frack oder Überrock“ zu tragen sei. Damit solle „die besondere polizeiliche Aufsicht“ über die Schüler erleichtert und diesen selbst „ein anständiges öffentliches Betragen zur eigenen Sache der Ehre“ gemacht werden.²⁶

Zumindest das Verbot von Trinkgelagen scheint, wie wiederholte Klagen zeigen, gern durchbrochen worden zu sein. Für das politische Verhalten der Freiburger Schüler im Vormärz fehlen die Quellen. Eine Magisterarbeit über die damalige Freiburger Studentenschaft konstatierte deren weitgehende politische Abstinenz – mit Ausnahme der etwas unruhigeren 30er-Jahre.²⁷ Man wird annehmen dürfen, dass dies bei den Schülern auch nicht anders war.

Unruhe erregten in der Folge auch weniger die Schüler als der Staat. In den 30er-Jahren begann für das badische Schulwesen eine Phase intensiver Reformen, die erst jetzt jenen engen staatlichen Zugriff verwirklichten, den die Edikte von 1803 und 1814 erstrebt hatten. Denn ihnen zum Trotz war das badische Mittelschulwesen bis in die 30er-Jahre hinein alles andere als einheitlich.²⁸ Auf Druck des Landtages konzipierte die Schulabteilung des Innenministeriums unter ihrem Direktor Karl Friedrich Nebenius²⁹ – im übrigen zeitgleich mit Preußen – eine mehrgliedrige Bildungsreform, die zunächst die „höhere Bürgerschule“ hervorbrachte (1834), zudem den Oberstudienrat als neue Aufsichts- und Leitungsbehörde begründete und schließlich den Mittel- oder „Gelehrten“-schulen durch ein Gesetz von 1836 eine engmaschige Ordnung gab.

Das Gesetz teilte die badischen „Gelehrtschulen“ in drei Kategorien ein: in die Lyzeen mit neun Schuljahren, in die Gymnasien mit sieben und in die Pädagogien mit mindestens fünf. Nur die Lyzeen durften ihre Schüler nach vorausgegangener „Maturitätsprüfung“ an die Universität entlassen. Dafür mussten sie allerdings die Inhalte des bisher an der Universität für Studenten aller Fächer abgehaltenen Vorkurses, nämlich philosophische Propädeutik (insbesondere Logik), Rhetorik und deutsche Literatur mit insgesamt 11 Wochenstunden, in ihre beiden obersten Jahreskurse (Sexta) übernehmen.

Die Präambel des Gesetzes bestimmte als Ziel „die sittliche und intellektuelle Bildung der Jugend in dem Umfange und der Weise ..., dass sie ihre Zöglinge zum wissenschaftlichen Berufe und zunächst zu akademischen Studien gründlich vorbereite“.³⁰ An Stelle der „allgemeinen Menschenbildung“ wie im Lehrplan von 1814 war jetzt die Vorbereitung auf das Universitätsstudium getreten. Aber der im Februar 1837 erlassene Lehrplan verfolgte diese pragmatische Intention nicht weiter: Er senkte zwar im Vergleich zu seinem Vorgänger von 1814 leicht die Zahl der Lateinstunden, erhöhte aber dafür die des Griechischen und beließ vor allem die Realien in ihrer untergeordneten Rolle. Der Reform des Nebenius ging es nicht um Stellungnahme im Dauerstreit der beiden Bildungskonzepte, sondern darum, dass „nach Form und Inhalt des Unterrichts jene Gleichförmigkeit erzielt werde, die ... dem Zwecke eines gleichen, stufenweisen Fortschreitens der Schüler in den verschiedenen Anstalten und einer nach Grad und Umfang gleichen wissenschaftlichen Ausbildung ... im Wesentlichen entspricht“.³¹

Dieses Ziel – eine standardisierte Gleichförmigkeit der Bildungsergebnisse – bedeutete einen ungeheuren Eingriff in die Traditionen der europäischen Bildungsgeschichte. Verwirklichen ließ es sich nur durch engmaschige Vorschriften und strikte Kontrollen. Es versteht sich deshalb, dass diese Reform bei den badischen Gymnasiallehrern nicht beliebt war. Dr. Anton Baumstark fasst deren Stimmung treffend in dem damals umlaufenden Diktum zusammen: „Wir müssen die Karlsruher Uniform anziehen.“³²

Das Gesetz von 1836 begründete zugleich ein Kontrollorgan, das den Gelehrtenschulen dichter im Nacken saß als der Karlsruher Oberstudienrat, das Amt des „Ephorus“. Dieser hatte sich eine „fortgesetzte Kenntnis des Geistes und des Zustandes“ der Schule zu verschaffen – sei es durch Teilnahme an den Konferenzen, sei es durch besondere Visitationen – und alle Auffälligkeiten alsbald nach Karlsruhe zu melden.³³ Erster Freiburger Ephorus wurde 1839 der Domkapitular und Theologieprofessor Dr. Hug,³⁴ der in seiner milden Altersweisheit die Kreise des Lyzeums nicht sonderlich störte. Nach seinem Tod übertrug Karlsruhe dieses Amt 1846 an Dr. Johann Baptist von Hirscher, ebenfalls Domkapitular und Theologieprofessor,³⁵ dessen moderne, am deutschen Idealismus orientierte Theologie³⁶ ihm damals eine weitreichende Anerkennung verschafft hatte. Im Unterschied zu Hug ließ Hirscher von Anfang an keinen Zweifel daran aufkommen, dass er das übernommene Amt auch wirklich auszuüben gedachte³⁷ – in der löblichen Absicht „die sittliche Aufsicht über die Anstalt zu heben“.³⁸

Seit dem Jahre 1837 verfolgte der Karlsruher Oberstudienrat aus Gründen der Bildungsgeographie das Ziel, das Freiburger Gymnasium zu einem Lyzeum aufzustoßen, zumal dies auch die Universität grundsätzlich befürwortete.³⁹ Die Behörde ordnete deshalb an, dass das Gymnasium mit dem Schuljahr 1838/39 um eine Klassenstufe zu erweitern sei.⁴⁰ Und mit Dekret vom 31. Oktober 1839 erhob das Großherzogliche Staatsministerium das Freiburger Gymnasium zu einem Lyzeum.⁴¹ Damit gehörte Freiburg zusammen mit Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Rastatt und Konstanz zu den sechs Lyzeen des Großherzogtums. In seiner weiteren Umgebung gab es nur noch Gymnasien (Offenburg, Lahr und Donaueschingen) sowie ein Pädagogium (Lörrach). Wollten die Schüler dieser Anstalten die begehrte Maturität

erlangen, so mussten sie zusätzlich die oberen Klassen eines Lyzeums besuchen – und dafür bot sich nunmehr in ihrem Umkreis Freiburg an. Damit geriet das Freiburger Lyzeum zur Spitze einer ausgedehnten Schulregion, die in nuce bereits eine interessen- und begabungsorientierte Durchlässigkeit erkennen ließ.

Die Rangerhöhung hatte für das Freiburger Lyzeum zur Folge, dass die Zahl der Schüler schnell anstieg, besonders die der auswärtigen. Bewegte sich die Besuchsfrequenz im langen Zeitraum zwischen 1823 und 1839 relativ konstant um die 240 Schüler, so stieg sie bis 1850 auf 441. Bereits zu Beginn des Schuljahres 1839/40 war deshalb das Freiburger Lyzeum hinter Karlsruhe das größte Badens.⁴²

Mit der Gründung des Lyzeums wurde der philosophische Vorkurs der Universität überflüssig.⁴³ Und damit sank die Studentenzahl der Universität. Sie hatte sich noch 1835 auf 431 Immatrikulierte belaufen, ging aber dann bis 1845 auf 213 zurück.⁴⁴ Damit brachte das Wachsen des Lyzeums die Universität in die (allerdings bald wieder gebannte) Gefahr der Schließung, in die sie schon einmal in den 30er-Jahren geraten war.⁴⁵

Aber auch das Lyzeum hatte seine Probleme mit den steigenden Schülerzahlen. Sie vergrößerten die Raumnot, die deshalb für die nächsten zwei Jahrzehnte das dominante Thema der Anstalt bilden sollte. Der Unterricht musste nach und nach in



Abb. 1 Die Stadt im Umbruch 1875. Im Hintergrund das Berthold-Gymnasium zwischen der Villa Platenius (links, heute Stadttheater) und der alten Synagoge. Rechts vorn die Rempartkaserne (heute Kollegiengebäude I). Links vorn die Baustelle der Rotteck-Oberrealschule (heute Universitätsbibliothek) (Augustinermuseum Freiburg, Denkmälerarchiv)

vier verschiedenen, weit auseinanderliegenden Räumlichkeiten erteilt werden: Im Hauptgebäude in der Brunnenstraße (dessen mangelnde Eignung Direktor Schmeisser nachdrücklich beklagte),⁴⁶ dann im Breisacher- und im Predigertor sowie im Hintergebäude des St. Blasischen Hofes in der Grünwälderstraße (heute Teil des Stadtarchivs).⁴⁷ Schließlich erhielt das Lyzeum 1845 den benachbarten Peterhof, in dem die drei oberen Kurse unterkamen und dessen Gelände zugleich Raum für einen Turnplatz bot.⁴⁸ Aber bereits 1855 erklangen die alten Klagen wieder mit neuer Dringlichkeit: Mit Erlaubnis des Oberstudienrates begrenzte das Lyzeum die Schülerzahl der Ober- und Untersexta jeweils auf 50 (!), indem es nur mehr bis zu dieser Quote Schüler zur Maturitätsvorbereitung von den umliegenden Gymnasien aufnahm.⁴⁹ Dies entlastete zwar in der Folge die beiden oberen Klassen, aber die Schülerzahl stieg insgesamt weiter an. Notgedrungen musste sich das Kollegium mit dem Raumproblem arrangieren. Denn es sollte noch bis 1862 dauern, bis sich Stadt und Staat auf die Kostenverteilung für einen Neubau einigen konnten (10.000 Gulden zu Lasten der Stadt und schließlich 134.500 Gulden staatlicher Zuschüsse aus unterschiedlichen Fonds),⁵⁰ der dann schließlich im Januar 1866 bezogen wurde.

Der rasche Anstieg der Schüler belastete aber auch das Lehrerkollegium. Mit steigenden Schülerzahlen stiegen zwar die Schulgeldeinnahmen, aber nicht die für die Finanzierung der Anstalt viel wichtigeren Erträge aus dem Lyzeumsfonds.⁵¹ Diese reichten nicht aus, um die Planstellen zu vermehren, ja nicht einmal dazu, die Gehälter der angestellten Lehrer zu erhöhen. Der Oberstudienrat klagte deshalb bereits im November 1840 gegenüber dem vorgeordneten Innenministerium: „Die Lehrer des Lyzeums zu Freiburg sind unter allen Lycencialehrern verhältnismäßig am geringsten bezahlt, dabei haben sie nach dem hiesigen Lyceum [Karlsruhe] die größte Zahl der Schüler zu unterrichten.“⁵² Man behalf sich damit, die eher geringfügigen Überschüsse des Lyzeumsfonds als Gratifikation unter die hauptamtlichen Lehrer auszusütten, so dass diese wenigstens eine gewisse Entschädigung für ihre geleistete Mehrarbeit erhielten. Ansonsten füllte man die Unterrichtslücken mit schlecht bezahlten Lehramtskandidaten, die vorzugsweise in den überfüllten unteren Klassen zu unterrichten hatten und die der Oberstudienrat mit wöchentlichen Deputaten von bis zu 25 Stunden belastete. Letzteres veranlasste sogar den sonst so willfähigen Direktor Schmeisser zu der aktuell klingenden Mahnung: „25 Wochenstunden Unterricht halten auf Dauer auch rüstige junge Männer nicht aus.“⁵³ Erst als dann im Jahre 1851 die Dotation der aufgehobenen höheren Bürgerschule von Mahlberg dem Freiburger Lyzeumsfonds zugeschlagen wurde,⁵⁴ begann sich die Finanzlage und damit auch die prekäre Personalsituation des Lyzeums zu entspannen.

Aber bevor dies soweit war, erlebte das Lyzeum noch eine stürmische Zeit: die Revolution von 1848/49. Bereits im Februar 1848 schlossen sich verschiedene Schülergruppen (so ein „Botanischer Verein“ unter dem Schüler Rudolph Thiery oder ein „Gesangsverein Harmonie“ unter dem Schüler Max Buisson) mit Studenten zum nationalgesinnten Bund „Walhalla“ zusammen,⁵⁵ der sich am 4. März an der Gründung eines bewaffneten Studentencorps⁵⁶ und später wahrscheinlich auch am vergeblichen Barrikadenkampf der republikanischen Freischärler gegen die Regierungstruppen am 23. und 24. April beteiligte.⁵⁷ Vor dieser Konfrontation hatte im übrigen der (gerade pensionierte) Professor des Lyzeums Dr. Haberer öffentlich

während einer Versammlung der Corps und Bürgerwehren auf dem Münsterplatz gewarnt.⁵⁸

Nach Lage der Dinge konnte deshalb zumindest im Frühjahr 1848 von regulärem Unterricht keine Rede sein. Im Programmheft des Jahres 1848 räumte Direktor Schmeisser denn auch ein, dass „die durch die Zeitereignisse herbeigeführten Störungen von außen auf den Gang des Unterrichtes und die sonst geregelte Thätigkeit des Ganzen wenigstens einigermaßen ungünstig einwirkten ... Doch muß den Lehrern des Lyceums das Zeugnis ertheilt werden, daß sie Alles aufgeboten haben, die Folgen dieser Ereignisse nach Kräften zu heben oder deren nachtheiligen Einfluß auf die Lehranstalt, so viel geschehen konnte, zu vermindern.“⁵⁹

Der Ephorus des Lyzeums, Professor von Hirscher, der die Schule noch im Sommer visitierte, war da anderer Meinung: „Bei solchen verderblichen Einflüssen ist dringend nötig, daß das gesamte Lehrpersonal geeignet sey, ein hinlängliches Gegengewicht zu bilden und die Zöglinge durch alle sie andringenden Gefahren glücklich hindurchzuführen. Leider kann ich nicht glauben, daß dieses dahier der Fall sey. ... Hinzu kommt, daß der Direktor der Anstalt etwas zu wenig Energie zu haben scheint, besonders aber die Lehrer nicht genug zu gemeinsamem pädagogischen Wirken zusammenhält.“⁶⁰ Die Reaktion des Oberstudienrates ließ nicht lange auf sich warten: Bereits am 26. September 1848 versetzte er den Direktor Schmeisser in gleicher Eigenschaft an das Konstanzer Lyzeum. Und mit ihm versetzte er Dr. Eisengrein⁶¹ in den Ruhestand und Dr. Baumstark an die Universität.⁶² Zwei weitere Lehrer wurden nach Heidelberg bzw nach Rastatt versetzt.⁶³ Da sie aber in der Folge in den dortigen Lehrerverzeichnissen nicht auftauchten, liegt der Verdacht nahe, dass sie entlassen worden sind.

Nachfolger Schmeissers wurde der Bruchsaler Lyzeumdirektor Dr. Anton Nokk (1848–1863),⁶⁴ ein Freund und Protégé des damaligen rechtsliberalen Staatsministers Bekk. Offenbar schätzte der Oberstudienrat die Lage am Freiburger Lyzeum so ernst ein, dass er gleichzeitig den als Schülerschreck bekannten Professor Scherm⁶⁵ aus Konstanz nach Freiburg versetzte mit der Maßgabe, die „Direction in Handhabung der Disziplin zu unterstützen.“⁶⁶

Aber mit dem Direktorenwechsel waren die Unruhen am Freiburger Lyzeum noch nicht gebannt. Aller Voraussicht nach waren auch Freiburger Lyzeumsschüler am badischen Volksaufstand im Frühsommer des nächsten Jahres beteiligt. Denn das Aufgebot der Freiburger Volks- und Bürgerwehren, das am 6. Juni 1849 ausrückte, um die Murg-Linie, die „Barrikade der Freiheit“, gegen die preußischen Truppen zu verteidigen und von denen die meisten mit der Kapitulation der Festung Rastatt in preußische Gefangenschaft gerieten, umfasste die unverheirateten Freiburger Jungmänner bis 30 Jahre. Wahrscheinlich gehörte deshalb der neue Lyzeumdirektor Dr. Nokk jener Freiburger Notablendelelegation an, die Ende Juli beim preußischen Kronprinzen Wilhelm, dem späteren Kaiser, in Rastatt vorsprach und dabei die Freilassung der meisten Freiburger erreichte.⁶⁷ Das außergewöhnliche Schuljahr fand einen ungewöhnlichen Abschluss. Lapidar teilte Dr. Nokk im Jahresprogramm mit: „In Folge einer allgemeinen Verfügung des Innenministeriums findet am Schlusse des Schuljahres weder eine öffentliche Prüfung noch eine Austheilung von Prämien statt.“⁶⁸ Vermutlich hätte das Freiburger Lyzeum aus Karlsruher Perspektive schon

deshalb keinen Grund zum Feiern gehabt, weil Amand Goegg aus Renchen, der den badischen Volksaufstand von 1849 anführte, einst zwischen 1835 und 1837 zu seinen Schülern gezählt hat.⁶⁹

„Wir müssen unsere Gymnasien preußisch machen.“
Das Gymnasium zwischen Reichseinigung und Weltkrieg

Der Bezug eines stattlichen Neubaus geriet zum wichtigsten Ereignis der Schulgeschichte in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Der Neubau beseitigte nicht nur die drückende Raumnot, sondern verkündete auch weithin sichtbar den Rang und die Würde der Anstalt. Selbst das führende Lyzeum des Landes, das von Karlsruhe, hauste damals noch weit weniger nobel in verschiedenen Lokalitäten.⁷⁰

Der Neubau hatte seinen Platz an der Peripherie der damaligen Stadt gefunden, inmitten der damals noch vorhandenen Reste der Vaubanschen Festungswälle gegenüber der ehemaligen Bastion Dauphin. Dort erhob sich in einem weitläufigen Park die Villa Platenius, die dann zu Beginn unseres Jahrhunderts dem Neubau des



Abb. 2 Das Berthold-Gymnasium bei der Einweihung 1866
(Augustinermuseum Freiburg, Denkmälerarchiv)

Stadtheaters weichen musste (was dann wiederum zahlreichen Schülergenerationen den morgendlichen Genuss von Opern- und Konzertproben bescherte). Die Lage an der heutigen Bertholdstraße gewann im Verlauf der nachfolgenden stürmischen Stadtentwicklung eine immer größere Zentralität und erwies sich damit langfristig als Segen für die Schule.

Der schlichte Neubau mit klassizistischen Formanklängen, den der Karlsruher Landesbaudirektor Fischer entworfen hatte, enthielt 14 Klassenzimmer, einen Festsaal sowie je einen Zeichen-, Physik- und Chemieraum. Hinzu kamen Dienstwohnungen für den Schuldiener und den Direktor. Das ikonographische Programm des Fassadenschmucks – vom damaligen Direktor Dr. Furtwängler entworfen – bot über dem Haupteingang Büsten von Homer und Cicero und über der Attika des Mittelbaus die Inschrift „Iuventuti ad humanitatem publice informandae Friderici M<agni>.B<adeniae>.D<ucis>. auspiciis extractum MDCCCLXV“. Die Symbolsprache war zwar nicht gerade anspruchsvoll, fand aber dafür in der Festansprache des Direktors bei der Einweihungsfeier am 4. Januar 1866 eine umso filigranere Rhetorik.⁷¹ Auch das Innere der Schule war schlicht: „Die Schulzimmer waren alles andere als großherzoglich, die Fensterscheiben trübe, die Wände schmucklos. Über dem Katheder ein Kruzifix... Geheizt wurden die Zimmer mit großen eisernen Öfen. Den vorne sitzenden Schülern trieb die Hitze ... den Schweiß auf die Stirne, die hinten Sitzenden froren nicht selten.“⁷² Bald war das Gebäude an die öffentliche Gas- und Wasserleitung angeschlossen. Aber es sollte noch bis zum Schuljahr 1925/26 dauern, bis es eine Zentralheizung erhielt und mit elektrischem Strom versorgt wurde.⁷³ 1875 kam dann im Hof eine Turnhalle hinzu. Und 1887 wurde unter dem Druck der wieder gewachsenen Raumnot im Schulhof ein weiteres Schulgebäude mit vier Klassenzimmern errichtet.

1872 ordnete das badische Innenministerium an, dass die bisherigen Lyzeen in Gymnasien und die bisherigen Gymnasien in Progymnasien umzubenennen seien. Gleichzeitig änderte es – nach preußischem Vorbild – die Klassenbezeichnung, indem es die Sexta zur Eingangs- und die Oberprima zur Abschlussklasse machte. Diese Neuerungen waren Teil eines Anpassungsprozesses an die gerade gewonnene Einheit des Reiches. Gleichzeitig bildeten sie den Abschluss eines intensiven Reformprozesses, dessen Ziel der scharfsinnige Dr. Baumstark bereits 1862 erahnte: „Wir müssen unsere Gymnasien preußisch machen!“⁷⁴ Der Karlsruher Direktor Dr. Wendt fasste in einem Rückblick die seinerzeit verfolgten Ziele wie folgt zusammen: „Es galt, die badische Gelehrtenschule auf die Höhe der besten deutschen Gymnasien zu erheben und zugleich auch auf dem Gebiete des Unterrichts diejenigen Annäherungen an das übrige Deutschland herbeizuführen, welche der immer energischer sich vollziehenden nationalen Einigung entsprachen.“⁷⁵ Beides, die intendierte Leistungsverbesserung sowie die Vorbereitung auf die erwünschte (kleindeutsche) Reichseinigung, verwies wiederum auf das Vorbild Preußens.

Begonnen hatte alles im Jahre 1860, als die damalige liberale Landtagsmehrheit per Gesetz das Unterrichtswesen der ausschließlichen Leitung des Staates unterstellte.⁷⁶ Damit gab sie das Startsignal für den mit großer Erbitterung geführten badischen Kirchenkampf mit dem Freiburger Erzbischof und in der Folge auch mit der römischen Kurie,⁷⁷ der dann erst 1932 mit den Kompromissformeln des Badischen

Konkordats beigelegt wurde. 1862 zog das liberale Kabinett Roggenbach-Lamey die Konsequenz aus diesem Gesetz und ersetzte den konfessionell-paritätischen Oberstudienrat durch eine neue Leitungs- und Aufsichtsinstanz, den „Oberschulrat“, der jetzt nur mehr aus staatlichen Fachexperten bestand.⁷⁸ Damit erlosch die geistliche Schulaufsicht, die die Liberalen – vor allem der damalige Innenminister Jolly – für vielerlei Gebrechen des badischen Schulwesens verantwortlich machten, unter anderem für die Leistungsschwäche der Mittelschulen. In der Tat beklagte 1864 beispielsweise der Heidelberger Altphilologe Hermann Köchly, dass die badischen Abiturienten „keinen Satz lateinisch frei komponieren und keine Zeile Griechisch ohne Accentfehler niederschreiben“ könnten.⁷⁹ Und der badische Lehramtskandidat Grohé stellte in einem Bericht über seinen Stipendien-Aufenthalt an einem Berliner Gymnasium – ebenfalls 1864 – fest, „daß die Ansprüche, die hier an die Arbeitskraft der Schüler gemacht werden, viel größer sind, als man bei uns nur entfernt gewohnt ist“.⁸⁰ In Baden leide man „an einer falschen Gemütlichkeit“,⁸¹ fasste der einflussreiche Oberschulrat Dr. Otto Deimling⁸² die damalige Stimmung der Karlsruher Behörde zusammen. Diese zog hieraus unterschiedliche Konsequenzen: Zum einen schickte sie hoffnungsvolle Junglehrer, wie den bereits erwähnten Grohé oder den späteren Freiburger Direktor Bender,⁸³ gleichsam als Lehrlinge an preußische Gymnasien. Zum anderen berief sie preußische Lehrer an badische Schulen, allen voran Gustav Wendt aus Hamm, der als Direktor des Karlsruher Lyzeums alsbald dem badischen Mittelschulwesen den Takt vorgeben sollte.⁸⁴ Abschluss der Reform bildete der Lehrplan von 1869, der die Zahl der Pflichtwochenstunden um fünf erhöhte und gleichzeitig die philosophische Propädeutik des Lehrplans von 1837 von elf auf zwei Stunden reduzierte.⁸⁵ Die durch beides gewonnenen Unterrichtsstunden kamen vor allem Griechisch, Mathematik und Physik zugute. Der Lehrplan beschrieb erstmals detailliert die künftigen Leistungsanforderungen an das Abitur⁸⁶ und artikulierte damit die neue Leistungsorientierung der badischen Gelehrtschulen an ihrer sensibelsten Stelle.

Die mit den Namen Jolly, Deimling und Wendt verbundene Reform begründete für die kommenden Jahrzehnte die vielgerühmte Qualität des badischen Mittelschulwesens, das sicher zu den besten in Deutschland zählte. Andererseits war sie Teil jener autoritären Dominanz des Leistungsprinzips, das sich im literarischen Spiegel nicht nur zur „Feuerzangenbowlen“-Romantik verklärt hat, sondern auch den Typ des zerbrochenen Schülers (z. B. Hermann Hesses *Unterm Rad*) oder des gescheiterten Lehrers (so Heinrich Manns Professor Unrat) hervorgebracht hat. Das Leistungsprinzip zog seine Überzeugungskraft daraus, dass es unmittelbar zum Kern des bürgerlichen Selbstverständnisses gehörte. Dem Gymnasium wuchs hierbei eine Doppelrolle zu: Es sollte zum abwehrenden Damm, aber zugleich auch zur hilfreichen Schleuse für alle jene werden, denen eine lange Schulzeit zu einem überdurchschnittlichen Leistungswillen verholfen hat.

Die erwähnten Reformen prägten und veränderten auch das Freiburger Lyzeum. In den Jahren 1860, 1861 und 1862 bestanden noch alle Obersextaner – wie gewohnt – das Abitur, 1863 fiel einer durch. Zwischen 1864 und 1869 kam dann der Karlsruher Oberschulrat Dr. Deimling regelmäßig als Abiturkommissar nach Freiburg.⁸⁷ 1864 ließ er noch alle 40 Bewerber bestehen. Nur eine scheinbare Nebensächlich-

keit verrät, dass sich das Freiburger Lyzeum künftig als Exekutive des Leistungsprinzips verstehen wollte: Das Abiturientenverzeichnis des Jahresprogramms zählte die Schüler erstmals nicht mehr – wie bisher – alphabetisch auf, sondern in der Reihenfolge ihrer Leistungen.⁸⁸ In den kommenden Jahren erfuhren die Abiturienten, was dies zu bedeuten hatte: 1865 bestanden nur noch 34 von 44 Bewerbern, 1866 31 von 44 Bewerbern, 1867 35 von 44 Bewerbern, 1868 33 von 37 Bewerbern. 1869 hatte diese Lektion dann gewirkt: Von 19 Bewerbern fielen nur noch zwei durch. Dafür war aber in der Zwischenzeit die Quote der Nichtversetzungen und in ihrem Gefolge die der Schulaustritte sprunghaft angestiegen: Erst in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre gewann das Gymnasium wieder jene Schülerquote, die es bereits nach 1840 und dann noch einmal in der zweiten Hälfte der 50er-Jahre erreicht hatte.

Die Stagnation der Schülerentwicklung der 70er Jahre hat noch andere Ursachen: Zum einen verschlechterte sich die wirtschaftliche Gesamtlage durch Gründerkrise und beginnende Depression. Zum anderen gewann der badische Kirchenkampf zunehmende Virulenz. 1874 wurde das Freiburger Knabenkonvikt geschlossen,⁸⁹ nachdem zuvor bereits die großherzoglichen Theologenstipendien eingefroren worden waren.⁹⁰ Als mittelbare Folge des Kirchenkampfes sank deshalb die Zahl jener Abiturienten, die Priester werden wollten:⁹¹ Betrug die Theologenquote noch Mitte des Jahrhunderts durchschnittlich etwa ein Drittel aller Absolventen, so sank sie seit 1877 bis zum Anfang der neunziger Jahre ins Marginale.⁹²

Seit dem Schuljahr 1884/85 gab es am Gymnasium ein neues Wahlpflichtfach: israelitischen Religionsunterricht.⁹³ Erteilt wurde er vom Freiburger Rabbiner und späteren badischen Landesrabbiner Dr. Adolph Lewin, der bis zu seinem Tode 1910 dem Kollegium angehörte.⁹⁴ Erst 1862 hatte Baden den Juden bürgerliche Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit als Abschluss eines längeren Emanzipationsprozesses zugestanden.⁹⁵ In der Folge haben sich dann wieder jüdische Bürger in Freiburg angesiedelt.⁹⁶ Mit ihnen kamen auch jüdische Schüler auf das Gymnasium, ohne dass deren Quote in der Folgezeit über das Marginale hinausgeriet.

Seit dem Jahre 1880 nahmen die Schülerzahlen rasch und stetig zu, um dann auf einem bisher unbekanntem Plateauwert zu verharren – ein Phänomen, das sich gleichzeitig in ganz Baden, ja im ganzen Reich zeigte. In einem Volk, das sich gerade anschickte, die führende Industrienation Europas zu werden, hätte dieser Zuwachs an Qualifikation eigentlich optimistisch stimmen müssen. Statt dessen verbreitete sich weithin Beklommenheit. Sie fand ihren Brennpunkt in einem 1884 erschienenen Buch des Staatswissenschaftlers Johann Conrad aus Halle,⁹⁷ der diese Frequenzsteigerung tendenziös als „Überfüllung“ im Sinne von „Proletarisierung“ deutete. Seine Thesen, vergrößert und losgelöst von seiner differenzierten Argumentation aber auch von seinen späteren Korrekturen, wirken bis heute nach.⁹⁸

Die von Conrad reichsweit ausgelöste „Überfüllungsdiskussion“ erfasste auch das badische Mittelschulwesen und stabilisierte hier – trotz der gleichzeitig einsetzenden „Überbürdungsdiskussion“ in Öffentlichkeit und Landtag⁹⁹ – die Leistungsmaximen der vorausgegangen Reformära. So hielten sich am Freiburger Gymnasium die Quoten der Repetenten und durchgefallenen Abiturienten im Durchschnitt der achtziger und frühen neunziger Jahre auf einem beachtlichen Plateauwert von durchschnittlich 12 %.¹⁰⁰ Unter dem Direktorat des als milde bekannten Emil Bender sank

dann die Repetentenquote (aber nicht die der gescheiterten Abiturienten!) gegen die Jahrhundertwende hin auf durchschnittliche 6 %.

Bereits 1885 hatte das Freiburger Gymnasium das Karlsruher überrundet und war damit zum größten Badens aufgestiegen.¹⁰¹ Das dadurch gewonnene Prestige machte das Berthold-Gymnasium für lange Zeit zum Inbegriff eines humanistischen Gymnasiums innerhalb der südwestdeutschen Schullandschaft. Gerade von diesem Gipfelpunkt aus lohnt sich ein Blick auf die Gesamtentwicklung innerhalb der Stadt: 1860 hatte Freiburg etwa 18.000 Einwohner, 1900 waren es schon über 60.000.¹⁰² 1860 gab es in Freiburg etwas über 500 Oberschüler (404 Schüler des Lyzeums und 100 Schüler der Höheren Bürgerschule), 1900 war diese Zahl auf 2266 und damit annähernd proportional gestiegen. Allerdings steuerte das Gymnasium zu dieser Quote nur noch 734 Schüler bei: 1532 und damit über zwei Drittel der Freiburger Oberschüler kamen mittlerweile aus anderen Anstalten.¹⁰³ Damit hatte die wachsende Vorliebe für „reale Bildung“ inzwischen das Gymnasium überholt.

Durch den schnellen Schülerzuwachs nach 1880 geriet das Gymnasium erneut in Raumnot. Hinzu kam, dass erstmals 1886 ein Klassenteiler für die Quarta und Tertia eingeführt wurde, der bei 45 Schülern lag, so dass wiederum die Zahl der Parallelklassen in der besonders schülerreichen Mittelstufe stieg.¹⁰⁴ Die politische Konsensbildung über mögliche Abhilfen lief diesmal schnell auf den Plan eines zweiten Gymnasiums hinaus: Zunächst kümmerte sich die Stadt um ein geeignetes Grundstück in gehobener Lage, das sie schließlich im gerade entstehenden Villenviertel um den heutigen Ludwig-Aschoff-Platz fand. Dann beschloss der badische Landtag im April 1900, in Freiburg ein zweites Gymnasium zu errichten, denn „die Aufsicht und Verwaltung einer Anstalt von 700 bis 800 Schülern“ könne „von einem Direktor nicht wohl besorgt werden“.¹⁰⁵

Das neue Gymnasium wurde mit Beginn des Schuljahres 1904/05 bezogen. Zuvor hatte das Staatsministerium verfügt, dass es zu Ehren des regierenden Großherzogs „Friedrich-Gymnasium“ heißen solle, während das alte den Namen „Berthold-Gymnasium“ erhielt¹⁰⁶ in Erinnerung an den Zähringerherzog Berthold III. († 1122), der als Gründer Freiburgs galt und in dem das Haus Baden einen seiner Ahnherren sah. Gleichzeitig grenzte man den Einzugsbereich beider Schulen ab: Zum neuen Friedrich-Gymnasium sollten alle Schüler gehören, die nördlich des Münsterplatzes wohnten.¹⁰⁷

Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Wandlungen der Kaiserzeit haben in der Überlieferung des Gymnasiums ihre diskrete Spuren hinterlassen: 1880 erbat erstmals ein Lehrer, Dr. Rückert, um Dienstbefreiung für eine Studienreise nach Ägypten und Syrien.¹⁰⁸ Dieses Datum bezeichnet ziemlich genau den Beginn des modernen Bildungstourismus, den die Industrialisierung und ihre modernen Verkehrsmittel, Eisenbahn und Dampfschiff, ermöglicht haben. Seit den 90er-Jahren subventionierte die Kultusverwaltung Studienreisen nach Italien, Griechenland, Kleinasien und Nordafrika, an denen häufig auch Freiburger Lehrer teilnahmen. Aber nicht nur Studienreisen sorgten für die häufigere Abwesenheit von Lehrern: Seit den 90er-Jahren stieg deren Teilnahme an militärischen Übungen, was wiederum zeigt, dass auch ein immer größerer Teil der Gymnasiallehrer eine parallele Karriere als Reserveoffizier verfolgte, die sich fördernd auf Ansehen und Fortkommen

auswirkte. Auch Schüler kamen gelegentlich zu üppigem Reisegenuss: 1901 und 1906 nahmen einige Gruppen an „Belehrungsfahrten“ zur kaiserlichen Flotte nach Kiel teil,¹⁰⁹ nachdem bereits 1891 ein Lehrer anlässlich der Feier von Kaisers Geburtstag über Bedeutung und Entwicklung der deutschen Flotte vorgetragen hatte.¹¹⁰

Unversehens war dann im Sommer 1914 der Ernstfall da – vom Direktor Zürn nach Philologenart in die distanzierende Metapher gefasst: „Das Schuljahr 1914/15 begann im Zeichen des Mars.“¹¹¹ Begeisterung ergriff die sonst so behäbige Stadt. Bereits am 6. August rückte das 113. Infanterieregiment mit klingendem Spiel nach Westen. 33 Schüler der Unter- und Oberprima meldeten sich als Kriegsfreiwillige, darunter fast die gesamte OI a (20 von 23 Schülern).¹¹² Die Zurückgebliebenen verfolgten atemlos den Vormarsch der deutschen Truppen durch Belgien und Nordfrankreich, die Schlacht bei Tannenberg.¹¹³ Dann aber verflüchtigte sich ihre Begeisterung im immer öderen Alltag der langen Kriegsjahre. Zunächst waren die Ferien bis zum 1. Oktober verlängert worden. Mit dem Unterricht begannen auch kriegsbedingte Unannehmlichkeiten: Die modernen Schulgebäude der Realoberschule, des Friedrich-Gymnasiums oder des Realgymnasiums waren in Lazarette umgewandelt worden. Das Berthold-Gymnasium musste deshalb andere Schulen mit beherbergen, was Schülern und Lehrern für die Dauer des Krieges Schichtunterricht aufbürdete. Regelmäßig fiel Unterricht aus. Die Lehrerschaft „alterte“ rasch: Wegen der Einberufungen reaktivierte man pensionierte Lehrer (darunter auch den ehemalige Direktor Schmalz). Professoren der Universität leisteten freiwilligen Zusatzdienst am Gymnasium. Klassenweise mussten die Schüler regelmäßig aufs Land zur Erntehilfe oder in die Wälder, um „Ersatzstoffe“ zu sammeln. Schließlich wurden Kohle und Gas für die Beleuchtung knapp, vor allem aber Lebensmittel. Der Geschützdonner der Vogesenfront und häufiger Luftalarm riefen schließlich bei den Schülern eine „nervöse Spannung“ hervor.¹¹⁴ Und bei manchen schlug diese im Herbst 1918 in etwas anderes um: „Herr Professor, morgen komme ich nicht, morgen machen wir Revolution!“¹¹⁵ entschuldigte sich ein Schüler eines schönen Morgens bei seinem Geschichtslehrer Dr. Mayer. Dann kam noch einmal Bewegung in die kleine Großstadt: In großer Eile, erzwungen von den Fristen des Waffenstillstandsvertrages, fluteten Teile des Westheeres über die Breisacher Rheinbrücke zurück und marschierten durch Freiburg. Das Berthold-Gymnasium wurde vorübergehend ein Truppenquartier. Der Unterricht fand für den Rest des Monats im Erzbischöflichen Knabenkonvikt statt.¹¹⁶ Die aus dem Feld heimkehrenden Schüler vermehrten in den kommenden Jahren die Schülerzahlen des Berthold-Gymnasiums. Viele aber kehrten nie mehr zurück: 42 Schüler und ein Lehrer waren dem Krieg zum Opfer gefallen.

„Zucht, Ordnung, Fleiß“. Zum Alltag am Gymnasium

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts gewann das Gymnasium seine Organisationsstruktur und seinen klar definierten Leistungsanspruch. Trotz aller Unterschiede im Detail begannen hierbei allmählich jene Strukturen hindurchzuschimmern, die auch noch den Schulalltag der Gegenwart bestimmen.



Abb. 3 Die Schüler der Sexta 1913/14 (Bildvorlage des Autors)

Der „Leiter der Anstalt“, der bis 1839 den Titel „Präfekt“, danach den eines „Direktors“ führte, vertrat die Schule nach außen und stand dem „Kollegium“ vor, zu dem noch Nebenlehrer (mit Volksschullehrerabschluss, später auch mit Realschullehrerabschluss) für Musik, Kalligraphie, Zeichnen und Turnen kamen, die zwar in den unteren Klassen auch die Realien unterrichten durften, aber doch nicht als „Kollegen“ im eigentlichen Sinne galten. Die „akademischen Lehrer“, die Professoren, Lyzeumslehrer¹¹⁷ und Lehramtskandidaten also, die den „Bildungskern“, die alten Sprachen, unterrichteten, verständigten sich in monatlichen Konferenzen über Fragen der Schulorganisation, der Lehrmethode, über Kriterien der Schülerleistung und -disziplin. Damit endete bereits ihre Zuständigkeit. Alles andere bestimmte der Staat, genauer der Karlsruher „Oberstudienrat“, an dessen Stelle 1862 der „Oberschulrat“ und seit 1911 das „Ministerium für Kultus und Unterricht“ traten. Er wies dem Lyzeum seine Lehrer zu, beförderte und entließ sie, bestimmte die Höhe ihrer Gehälter, regelte die Aufnahme der Schüler, überwachte die Prüfungen, kontrollierte die Kontenbewegungen des „Lyzeumsfonds“. Vor allem aber bestimmte er die Lehrinhalte, die Stundentafel, ja sogar die einzelnen Deputate und Ordinariate (Klassenlehrerschaften).¹¹⁸ Ein immer dichteres Geflecht von Weisungen, Verordnungen und Gesetzen regulierte und uniformierte Schule und Schulleben. Der Oberschulrat benötigte deshalb seit 1862 sein eigenes Verordnungsblatt.

Mitglieder des Oberschulrates, selbst „Oberschulräte“ genannt, kontrollierten und verbesserten die Gelehrtenschulen durch regelmäßige Inspektionen. Ihre Protokolle spendeten Lob oder prangerten Missstände an. Vor allem bewerteten sie das Lei-

stungsvermögen der einzelnen Professoren, was wiederum über deren weitere Karriere entschied.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts unterlag die Schule einem zunehmenden Säkularisierungsprozess. Im Lehrerkolleg sank der Anteil der Geistlichen. Es hat deshalb geradezu symbolische Bedeutung, wenn 1848 – und damit zur Jahrhundertmitte hin – mit Dr. Nokk erstmals ein Laie Direktor des Lyzeums wurde. 1857, nach dem Tode des Professors von Hirscher, ging das Amt des Ephorus ebenfalls an einen Laien, an den Stadtdirektor Faller. Den Rest besorgte dann der badische Kulturkampf: Nachdem die geistliche Schulaufsicht im Jahre 1860 per Gesetz beendet wurde,¹¹⁹ hörte auch das Freiburger Lyzeum auf, katholisch zu sein – hinfort war es staatlich!

Bereits das Gelehrtenschulgesetz von 1836 hatte das Priesterprivileg de jure beseitigt, indem es gebot, dass „die Lehrer bei Gelehrtenschulen nur aus der Klasse der geprüften Lehramtskandidaten“ zu nehmen seien.¹²⁰ Das „Examen pro facultate docendi“ – nicht mehr Weihe oder Ordination – öffnete hinfort die enge Pforte zum Stand der GelehrtenSchullehrer. Seine Mitglieder hatten rasch eine „corporate identity“ entwickelt, begünstigt durch den Umstand, dass sie in ihrer Jugend häufig versetzt wurden und sich deshalb vielfach auch persönlich kannten. In der Abwehr der Ansprüche von Wirtschaft und Gesellschaft entwickelten sie – je länger je mehr – eine elitäre Distanz zur Realität. Sie haben die für Deutschland typische Trennung zwischen Geist und Bildung einerseits und Wirtschaft und Technik andererseits begründet, zumindest aber vertieft.¹²¹ Man hat den Gymnasiallehrern eine unpolitische Haltung vorgeworfen.¹²² In der Tat erstaunt ihre oft verächtliche Distanz zur politischen Gegenwart. Der spätere Freiburger Direktor Franz Leopold Dammert gab dafür 1870 in seiner Biographie über den ehemaligen Direktor Dr. Nokk eine Kostprobe, indem er das Verhältnis seines Helden zu den Führern der 48-Revolution wie folgt beschrieb: „Ihn, der seine republikanischen Vorbilder in einem biedereren, jeder Aufopferung fähigen Aristides, oder einem ernsten, unbeugsamen Cato zu suchen gewohnt war, konnte die Eitelkeit, Selbstsucht und urtheillose Verblendung der Helden jener Zeit nur abstoßen.“¹²³ Es sei Aufgabe des Lehrers „in den Herzen der Jugend die Liebe zum Vaterlande und zur Freiheit zu wecken, nicht aber activ an dem leidenschaftlichen Parteigetriebe des Augenblicks Theil zu nehmen“.¹²⁴ Aber auch Dammert war weit davon entfernt, den badischen Philologen Diogenes im Fass als Leitbild zu empfehlen. Denn diese hatten sich trotz aller Distanz zur Tagespolitik gut in die politische Ordnung ihrer Zeit eingefügt. Und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gerieten sie – je länger je mehr – in den hierarchisierenden Sog der Monarchie, was sie schon äußerlich zum „rocher de bronze“ der bestehenden Ordnung machte: Verdiente Schulleiter erhielten zur Krönung ihrer Laufbahn den begehrten Titel „Geheimer Hofrat“. Gelegentlich avancierte auch einmal ein Professor zum „Hofrat“. Seine Kollegen bekamen, waren sie in die Jahre gekommen, wenigstens den „Orden vom Zähringer Löwen“. Selbst der Schuldiener erhielt dann seine gebührende Auszeichnung: die badische Verdienstmedaille in Silber.

Nach dem Staatsdieneredikt von 1819 zählten Lehrer an GelehrtenSchulen zu den „Staatsdienern“ und damit – in moderner Terminologie – zu den „höheren Beamten“, während die Volksschullehrer als „niedere Staatsdiener“ keine beamtenrecht-

liche Privilegien genossen.¹²⁵ Dies drückte sich nicht zuletzt in der Besoldung aus. Diese war zunächst – wie die Pfründen der Geistlichkeit – abhängig vom Leistungsvermögen des jeweiligen Schulfonds und schwankte deshalb von Lyzeum zu Lyzeum. Die Freiburger Besoldung galt – wie bereits erwähnt¹²⁶ – als eher niedrig: Im Jahre 1843 bezog der Direktor ein Jahresgehalt von 1650 Gulden, die vier Professoren erhielten zwischen 1250 und 850 Gulden, die vier Lyzeumslehrer zwischen 800 und 420, die Lehramtskandidaten (die pikanterweise auch die meisten Wochenstunden unterrichteten) 450 Gulden.¹²⁷ Die Professorengehälter entsprachen denen ihrer Kollegen an der Universität. Hingegen erhielt ein Volksschullehrer zur selben Zeit im günstigsten Falle ein Jahresgehalt von 300 Gulden (zu dem dann allerdings noch die freie Dienstwohnung kam).¹²⁸ Zumindest die Professoren waren damals in der Lage, „ein Haus zu halten“, d. h. standesgemäß und mit Dienstboten zu leben. Hinzu kam, dass zahlreiche Lehrer, wie beispielsweise die Freiburger Direktoren Dr. Furtwängler und Dammert, in ihrer Jugend für Adelsfamilien als Hauslehrer und Reisemarschälle¹²⁹ gewirkt hatten. Sie gewannen dadurch jene Weltläufigkeit und aristokratische Manieren, die sie mit dem höheren Bürgertum verband, als dessen Teil sie sich betrachteten.

Die Gehaltsverordnung von 1888¹³⁰ legte erstmals für die Staatsdiener Badens einheitliche Besoldungsklassen fest und befreite damit auch die Gymnasiallehrer von den Zufälligkeiten ihrer jeweiligen Fondsausstattung. 1908 bezog der Direktor (einschließlich eines Ehrensoldes von 300 Mark für den Titel „Geheimer Hofrat“) ein Gehalt von jährlich 6750 Mark, die Professoren je nach Dienstalter zwischen 5800 und 4200 Mark und die Hilfslehrer im Realschullehrerrang zwischen 4300 und 3700 Mark.¹³¹ Volksschullehrer erhielten zwischen 3000 und 3500 Mark. Der Vergleich zum Jahre 1840 zeigt, dass sich zwischenzeitlich die Einkommensdifferenzen innerhalb der Gymnasiallehrerschaft und zwischen Gymnasial- und Volksschullehrern stärker angeglichen hatten.

Es scheint, dass das durchschnittliche Realeinkommen der Gymnasiallehrer im Gefolge der Besoldungsreform von 1888 allmählich sank. Denn offenkundig sahen sich immer mehr Lehrer gezwungen, sich ein zusätzliches Einkommen zu verschaffen, wenn sie weiterhin „standesgemäß“ leben wollten. Dafür boten sich – neben dem Verfassen von Schulbüchern – die Beherbergung auswärtiger Schüler samt Hausaufgabenbetreuung an,¹³² mehr aber noch das Erteilen von Nachhilfeunterricht. Einer Umfrage des badischen Gymnasiallehrerverbandes zufolge erteilten im Jahre 1900 etwa 56 % aller Lehrer neben ihrem Dienst noch Nachhilfeunterricht,¹³³ während wiederum knapp 20 % aller Schüler Nachhilfeunterricht erhielten.¹³⁴

Niveau und innovatives Potential des Freiburger Lehrerkollegs waren hoch und offensichtlich noch vom Geist der alten Artistenfakultät beseelt. Wie ihre Kollegen an der Universität waren die damaligen Gymnasiallehrer zu eigener Forschung verpflichtet.¹³⁵ Deren Ergebnisse konnten sie in den wissenschaftlichen Beilagen zu den Jahresprogrammen veröffentlichen. Diese verraten überwiegend universitäres Niveau. Ein Artikel über die antike Bibliothek von Alexandria (Kefer, 1819) beispielsweise springt mühelos zwischen Griechisch, Hebräisch, Koptisch, Altsyrisch und Arabisch hin und her. Eine Artikelserie über die Klassifikation von Moosen, Flechten und Farnen nach dem Vorbild Linnés (Dr. Eisengrein, 1842/44) verrät gediegene

empirische Forschung. Eine Abhandlung über Aristarch von Samos und dessen Berechnung der Mond- und Sonnenabstände (Dr. Nokk, 1854) dringt weit über den üblichen Themenkreis der Altphilologen hinaus. Häufig konnten Freiburger Professoren in den Jahresprogrammen unter der Rubrik „Durchgenommene Lehrstoffe“ auf Lehrbücher verweisen,¹³⁶ die sie selbst verfasst hatten. Und relativ häufig wechselten Professoren zwischen Universität und Lyzeum bzw. Gymnasium hin und her. Zum Freiburger Kollegium zählten deshalb regelmäßig angesehene Fachgelehrte wie beispielsweise der bereits wiederholt erwähnte Dr. Baumstark, der Theologe Dr. Rückert, der Stadt- und Universitätshistoriker Dr. Mayer, der Erforscher des badischen Judentums Dr. Lewin, der Limesforscher Dr. Leonhard, der Rechtshistoriker Dr. Lengle oder Dr. Ochs, der Mitbegründer des „Badischen Wörterbuchs“. Noch in einem anderen Bereich war die Schule damals innovativ: Ihr Professor Freiherr von Lamezan war einer der ersten, wenn nicht gar der erste, der Turnunterricht an einer deutschen Mittelschule eingeführt hat (1832). Freiherr von Lamezan hat dann in der Folge maßgeblich auf die allgemeine Einführung des Turnunterrichtes an den badischen Gelehrtenschulen hingewirkt (1836).¹³⁷

Die Aufnahme in ein Gymnasium setzte ein Mindestalter von zehn Jahren voraus und bedingte Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen, die in einer Eingangsprüfung vor Beginn des jeweiligen Schuljahres unter Beweis zu stellen waren. Nach dem Gelehrtenschulgesetz von 1836 begann das Schuljahr jeweils im November und endete im September,¹³⁸ unterbrochen von insgesamt neun Wochen Ferien an Ostern, im Sommer, im Herbst und an Weihnachten. Zweimal im Jahr fanden Prüfungen statt, interne vor Ostern und öffentliche im September. Zu letzteren lud die Schule regelmäßig mit ihren Programmen (seit 1881 „Schulberichten“) ein.¹³⁹ Das Schuljahr endete in der Regel mit einem Festakt.

Im täglichen Unterricht wurden regelmäßig Zensuren erteilt.¹⁴⁰ Zusammen mit den Prüfungsergebnissen entschieden sie über die „Promotion“ in die nächsthöhere Klasse. Zensierte schriftliche Arbeiten wurden erst nach der Abiturordnung von 1869 üblich, die ein schriftliches Abitur vorsah.

Der Unterricht fand zunächst täglich zwischen 8.30 und 12.30 Uhr sowie nachmittags zwischen 14.30 und 16.30 Uhr statt. Die Schulordnung von 1904 gab statt dessen nur noch einen Zeitrahmen (7 bis 17 Uhr) vor, denn mittlerweile hatte sich ein starker öffentlicher Druck gegen regelmäßigen Nachmittagsunterricht formiert. 1910 konzentrierten beide Freiburger Gymnasien erstmals ihre Unterrichtszeit auf den Zeitrahmen zwischen 7.20 und 12.15 Uhr.¹⁴¹

Die Lehrplanverordnung von 1869 hatte den zeitlichen Umfang der Hausaufgaben definiert. In den unteren Klassen durften sie bis zu zwei, in den oberen Klassen bis zu drei Stunden täglich in Anspruch nehmen.¹⁴²

Das Verhalten der Schüler war innerhalb und außerhalb der Schule weitaus stärker, als dies heute denkbar wäre, durch die Schulordnung bestimmt. Auf der Grundlage des Gelehrtenschulgesetzes von 1836 erließ das Lyzeum 1845 eine eigene Schulordnung.¹⁴³ Sie stellte eingangs vor allem anderen klar: „Vergehen, auch die geringfügigsten, wider die Achtung, Ehrerbietung und Folgsamkeit gegen den Director oder die Lehrer überhaupt werden aufs schärfste geahndet.“ An Sonn- und Feiertagen mussten die Schüler klassenweise die Schulmesse sowie die Nachmit-

tagsvesper in der Universitätskirche besuchen. Ebenso regelmäßig hatten sie klassenweise zur Beichte zu erscheinen.

Verboten war der häusliche oder schulische Gebrauch von Übersetzungen, aber auch eine ergänzende Privatlektüre ohne regelmäßige Beratung durch einen Lehrer. Vor und während des Unterrichts war Ruhe erste Pflicht. Auch außerhalb des Unterrichts achtete die Schule auf das gesittete Benehmen ihrer Zöglinge: Der Besuch von Wirts- und Kaffeehäusern war (mit Ausnahme der beiden obersten Klassen) verboten, ebenso das Rauchen in der Öffentlichkeit oder die Mitgliedschaft in Verbindungen. Nach acht Uhr abends im Winter und nach neun Uhr im Sommer hatte sich kein Schüler mehr auf der Straße blicken zu lassen.

Als zulässige Schulstrafen definierte bereits das Gelehrtenschulgesetz von 1836: „Carcerarrest“ bis zu acht Tagen bei geschmälerter Kost, die Ausschließung aus der Schule und die „geschärfte Ausschließung“, die den betreffenden Schüler auf Dauer für alle badischen Gelehrtschulen sperrte. Die Schulordnung von 1869 begrenzte dann den Karzerarrest auf drei Tage¹⁴⁴ und die von 1904 auf höchstens 12 Stunden.¹⁴⁵ Nach dem Vorbild der Universität gingen die städtischen Behörden von einer Sondergerichtsbarkeit der Schule über ihre Insassen aus. Denn sie überwiesen deren Ordnungsverstöße regelmäßig an die Direktion.¹⁴⁶

1828 führte der badische Staat zur Aufbesserung der inzwischen unzureichend gewordenen Schulfonds ein Schulgeld ein, das sogenannte „Didaktrum“, das in der Folge etwa 25 % bis 30 % der staatlichen Schulaufwendungen deckte. Es betrug zunächst 14 Gulden pro Schüler und Jahr, steigerte sich dann 1837 je nach Klassenstufe auf 16 bis 30 Gulden, 1868 auf 24 bis 36 Gulden. Eine Verordnung von 1889 erhöhte es auf 84 Mark,¹⁴⁷ 1906 stieg es dann schließlich auf 108 Mark.¹⁴⁸ Das



Abb. 4 Gemeinschaftskarzer von Universität und Gymnasium (Universitätsarchiv Freiburg)

Schulgeld griff also deutlich in die Budgets der betroffenen Familien ein, so dass sich viele den Besuch einer Gelehrtenschule nicht leisten konnten. Allerdings bestimmte bereits das Gelehrtenschulgesetz von 1836, dass das Didaktrum dort zu erlassen sei, „wo Dürftigkeit, Fleiß und Sittlichkeit strenge nachgewiesen sind.“¹⁴⁹ Nach Ausweis der Schulprogramme (die allerdings nicht für jedes Jahr die Befreiungsquote ausweisen) belief sich bis 1860 die Summe der teilweise oder ganz Befreiten auf etwa 45 %.¹⁵⁰ Danach begann bis 1914 die Quote der teilweisen oder vollständigen Befreiungen auf etwa ein Fünftel zu sinken, nachdem der Staat die Befreiungsquote auf höchstens 12 % des jährlichen Schulgeldaufkommens pro Schule eingeschränkt hatte. Daneben gab es unterschiedliche Stipendien. Das wichtigste war das „Großherzoglich katholisch-theologische Stipendium“, das den Nachwuchs an katholischen Geistlichen sichern wollte.¹⁵¹ Ein landesherrlicher Vollstipendiat erhielt am Freiburger Lyzeum neben Schulgeldbefreiung zunächst jährlich 100, dann gegen Ende der 50er Jahre 150 Gulden. Diese Quoten dürften dem damaligen Jahresbedarf eines auswärtigen Schülers bei sparsamer Wirtschaftsführung entsprechen.

Wegen der noch geringen Lyzeumsdichte kam ein großer Teil der Schüler von auswärts. Diese Schüler wohnten dann als Pensionsgäste in Freiburger Familien. Ihre Zahl ging jährlich in die Hunderte, so dass die „Kostschüler“ eine wichtige Einnahmequelle für die Freiburger Bevölkerung darstellten,¹⁵² jedenfalls bis der Eisenbahnbau zahlreiche Pensionsplätze überflüssig machte. Der Erzbischof von Freiburg errichtete 1850 in der Nähe des Lyzeums ein Knabenkonvikt,¹⁵³ um die Bildungskosten künftiger Theologen aus ländlichem Milieu zu senken und möglichst frühzeitig auf die Erziehung des Priesternachwuchses Einfluss nehmen zu können. 1874, auf dem Höhepunkt des badischen Kulturkampfes, schloss die Regierung die Knabenkonvikte. Der 1880 gefundene Burgfrieden ermöglichte es dann dem Gymnasiallehrer und Priester Leonhard Schanzenbach, das Knabenkonvikt als Privatpensionat neu zu eröffnen.¹⁵⁴ Und 1886 konnte das Knabenkonvikt – inzwischen wieder eine kirchliche Institution – einen Neubau an der Zähringer Straße beziehen. Nach der Eröffnung des Friedrich-Gymnasiums teilten sich die Insassen regelmäßig unter beiden Gymnasien auf.

Kurz nach der Jahrhundertwende vollzog sich im altherwürdigen Berthold-Gymnasium eine Art Revolution: Zum Schuljahr 1905/06 erschienen erstmals acht Schülerinnen,¹⁵⁵ nachdem die badischen Universitäten bereits seit 1900 Frauen das Immatrikulationsrecht gewährt hatten.¹⁵⁶ Im folgenden Schuljahr wuchs ihre Zahl auf 11. Und 1908 bestand erstmals eine junge Dame, Maria Sommer, die in der Folge Medizin studieren sollte, das Abitur am Berthold-Gymnasium.¹⁵⁷ Wie jedoch Abb. 3 zeigt, hielt sich der Einbruch der Weiblichkeit am Berthold-Gymnasium in der Folge in engen Grenzen.

Aufbrüche und Beharrung. Das Berthold-Gymnasium zwischen 1919 und 1933

Ohne Anzeichen einer Zäsur und scheinbar unberührt von den Unruhen der sich nur langsam konsolidierenden Republik führte der Geheime Hofrat Dr. Fecht die Schule in altbewährten Formen weiter. Gemessen an dem nunmehr beginnenden pädagogi-

schen Aufbruch, der in Deutschland eine bald unübersehbare Bildungsdiskussion und mit ihr neue Typen höherer Schulen hervorgebracht hat,¹⁵⁸ verharnte das Berthold-Gymnasium in selbstgenügsamer Ruhe. Alles schien hier gleich zu bleiben – vor allem der Lehrplan.¹⁵⁹ Allerdings kostete es auch dem Gymnasium Mühe, den hohen Leistungsstandard, der durch den Krieg gelitten hatte, wieder herzustellen und gleichzeitig die Schuldisziplin – zumal unter den Kriegsheimkehrern – wieder zur Geltung zu bringen.

Dann begannen eine Reihe staatlich verordneter Reformen, denen sich auch ein traditionsbewusstes Gymnasium nicht entziehen konnte: Es entstand die Elternmitverantwortung, zu deren wichtigster Veranstaltung der regelmäßige Elternabend wurde.¹⁶⁰ Auch die Schüler konnten nunmehr aus ihrer Mitte ein Vertretungsorgan, den Schulausschuss, wählen. Der noch in großherzoglicher Zeit als Aufsichtsorgan begründete Schulbeirat wurde jetzt paritätisch mit gewählten Vertretern aller Schulbeteiligten besetzt.

Diese Institutionen zielten auf eine Demokratisierung der Schule. Aber sie vermochten bei ihren Zielgruppen nur mäßiges Interesse zu wecken, wahrscheinlich auch deshalb, weil ihre Befugnisse schlussendlich marginal blieben und nicht in den von Schulleitung und Lehrerkonferenz beherrschten inneren Schulbereich hineindrangten. Da war die umstrittene, 1921 dann aber administrativ vollzogene Umstellung des Schuljahresbeginns auf Ostern¹⁶¹ schon einfacher. Erfolgreicher war auch die Förderung des Schulsports, der jetzt allmählich aus dem Schatten des traditionellen Turnunterrichts heraustrat und sich auf andere Sportarten ausdehnte.¹⁶² Darin äußerte sich nicht nur die wachsende Bedeutung des Breitensports, sondern auch Tendenzen eines neuen Nationalismus, der im intensiveren Sportbetrieb einen Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht sah, die der Vertrag von Versailles verboten hatte. Instrumente dieser neuartigen Bedeutung des Sports waren die Reichsjugendwettkämpfe¹⁶³ und die regelmäßigen Schulwettkämpfe um Wanderpreise von Stadt, Sportverbänden oder Ministerium: So gewann das Berthold-Gymnasium 1925 beispielsweise den Fußball-Wanderpreis der badischen Schulen.¹⁶⁴

Die Festkultur der Monarchie hatte vor allem die Lebensdaten der Oberhäupter (Geburtstage von Kaiser und Großherzog, ihre Jubiläen, ihren Tod) inszeniert. Die Republik verlagerte das Gedenken auf Sachliches, Sinnhaftes, Abstraktes, auf den Verfassungstag beispielsweise (31. Juli) oder auf den Reichsgründungstag (18. Januar). Letzterer (dessen Stiftung noch in die Zeit der Monarchie zurückreichte) erfreute sich größerer Wertschätzung – geht man vom Rang des jeweiligen Festredners innerhalb des Kollegiums aus¹⁶⁵ – was wiederum die Reserve der Gymnasiallehrerschaft gegenüber der Republik verdeutlicht.

Eine besondere Bedeutung für die Festkultur der Weimarer Republik gewann der Totengedenktag. Denn die Reflexion über den Sinn des massenhaften Sterbens in einem zuletzt verlorenen Krieg geriet in der Regel zu einer verdichteten Aussage über das eigene politische Selbstverständnis.¹⁶⁶ Bereits 1923 errichtete die Schule im Treppenhaus eine Gedenktafel, die die Namen ihrer Toten unter dem Leitspruch „Virtute invictis“ aufführte und mit einem Tempera-Gemälde eine Deutung anbot,¹⁶⁷ die zwar sentimental war, aber das allfällige „Trotzdem“-Pathos der politischen Rechten vermied.

Die Phase von Weimar war die hohe Zeit der Reformpädagogik und damit der engagierten Suche nach neuen Wegen schülernahen und natürlichen Lernens. Sie scheint am Berthold-Gymnasium – wie auch an anderen Gymnasien – kein großes Echo gefunden zu haben, sieht man einmal davon ab, dass die Schule seit 1927 in Muggenbrunn ein Schullandheim betrieb¹⁶⁸ und sich damit in die gerade aktuelle, von Lietz und Geheeb herführende „Landschulheimbewegung“¹⁶⁹ einordnete. Aber während zur selben Zeit die Oberrealschule und das Realgymnasium in Eigenarbeit jeweils ein Schullandheim auf dem Schauinsland errichteten,¹⁷⁰ hatte das Berthold-Gymnasium seines nur angemietet.¹⁷¹

Nach der Pensionierung des Geheimen Hofrates Dr. Fecht wurde 1923 Dr. Franz Josef Lengle, bisher Direktor am Gymnasium Tauberbischofsheim, Direktor des Berthold-Gymnasiums.¹⁷² Dr. Lengle war Priester und Mitglied des Zentrums, das wiederum zwischen 1919 und 1931 in Baden Regierungspartei und Koalitionspartner der SPD war. Bei dem wachsenden Parteienproporz¹⁷³ in der Besetzung von Leitungssämtern dürfte neben seiner unbestritten hohen Qualifikation die Mitgliedschaft im Zentrum das ausschlaggebende Argument für seine Berufung gewesen sein.¹⁷⁴ Dr. Lengle vereinigte in seiner Person noch einmal hervorragende Tugenden badischer Gymnasiallehrer. Er galt als streng, was das Leistungsniveau seiner Schule anbelangte, war aber gütig und verständnisvoll gegenüber „reueigen Sündern“ aller Art. Er legte Wert auf einen kultivierten Lebensstil, pflegte kunsthistorische und archäologische Interessen, unternahm zahlreiche Studienreisen an das Mittelmeer und in den Orient. Und er blieb zeitlebens wissenschaftlicher Forschung verbunden, zu meist in einem Bereich, der ihn seit seiner Dissertation („Sullanische Verfassung“) fasziniert hatte: das römische Recht. In Anerkennung seines wissenschaftlichen Lebenswerkes zeichnete ihn die Universität nach dem Kriege mit der Ehrendoktorwürde aus.

Dr. Lengle fiel zunächst die undankbare Aufgabe zu, jene Kollegen zu benennen, die nach einem Erlass des Ministeriums von 1924 vorzeitig zu pensionieren waren. Damit sollte Platz für die Generation der Kriegsteilnehmer geschaffen werden, die nunmehr nach dem Abschluss ihres Studiums in den Staatsdienst drängten.¹⁷⁵ Verständlicherweise sollte die Auswahl „unter tunlichster Schonung gewissenhafter tüchtiger Lehrer“ erfolgen.¹⁷⁶ Da diese Maßnahme durch Erhöhung der Stundendeputate finanziert wurde, war sie bei den Lehrern alles andere als populär. Im übrigen vermochte sie das Problem der arbeitslosen Lehrer nicht zu beseitigen: Es blieb bis zum Ende der Republik eines ihrer Dauerthemen.

„Nationalsozialistische Weltanschauung“ statt „humanistischer Bildungsideologie?“

Das Gymnasium während der NS-Diktatur

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten veränderte nachhaltig Geist und Struktur des Schulwesens. Zunächst besetzten sie – gestützt auf das Ermächtigungsgesetz und der darauf gegründeten Gesetze – die Schaltstellen staatlicher Macht. In Karlsruhe etablierte sich der NSDAP-Gauleiter Wagner als Reichsstatthalter neben und teilweise vor der Ministerialbürokratie. In Freiburg ersetzte der NSDAP-Kreisleiter

Dr. Kerber den gewählten Oberbürgermeister Dr. Bender. Gau und Kreis der NSDAP errichteten eigene „Ämter für Erzieher“, letzteres unter dem Kreisführer des NS-Lehrerbundes Kunzmann,¹⁷⁷ ersteres unter dem seit 1934 amtierenden Direktor des Freiburger Realgymnasiums, Dr. Ganter.¹⁷⁸ Damit baute die NSDAP parallel zur staatlichen eine eigene Verwaltung auf, was wiederum zu einer Art Doppelregierung mit ungeklärter Kompetenzabgrenzung führte, die gelegentlich in ein Chaos mündete, auf jeden Fall aber die Rechtssicherheit und die Gleichmäßigkeit des Verwaltungshandelns nachhaltig störte und letztlich auch zerstörte.

Während der Weimarer Republik hatten die starken Vorkriegsjahrgänge die höheren Schulen durchlaufen und damit wieder die alten Überfüllungsängste provoziert. Die Partei griff diese 1933 in einem „Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen“ auf, das vor allem den Anteil von Mädchen und Juden auf den höheren Schulen begrenzen wollte.¹⁷⁹ Ein Gesetz von 1936 erhob die Hitler-Jugend zu einer eigenständigen und mit der Schule konkurrierenden Erziehungsinstanz, was wiederum reihenweise Zusammenstöße lokaler HJ-Größen mit Schulleitern provozierte. 1936 begann dann die Vereinheitlichung des höheren Schulwesens, die die in der Weimarer Republik entstandene pädagogische „Artenvielfalt“ radikal beschnitt. Die Partei entwickelte hierbei keine innovativen Schul- und Unterrichtsformen. Sie formte vielmehr jene der Weimarer Republik (so die hier bereits vorkonstruierte „deutsche Oberschule“) nach den Vorgaben ihrer Ideologie um. Das Ergebnis gipfelte 1938 im Konzept der „Deutschen Oberschule“,¹⁸⁰ während die ungeliebten Gymnasien – Träger einer schädlichen „bürgerlichen Bildungsideologie“ – zu einer „Sonderform“ degradiert wurden, die nur an solchen Orten zu dulden waren, wo gleichzeitig eine deutsche Oberschule bestand. Die Schulzeit aller höheren Schulen wurde auf acht Jahre verkürzt.¹⁸¹ Gleichzeitig verordnete die Partei für Jungen und Mädchen getrennte Schulen.¹⁸² Bevor aber diese Reform richtig greifen konnte, begann der Krieg und mit ihm eine tiefgreifende Störung der Schule.

Anfang April 1934 und damit auf dem Höhepunkt der „Gleichschaltung“ wurde Dr. Lenge seines Amtes enthoben mit der pauschalen Begründung: „In Sorge um die Zukunft unseres Volkes, die auf der Jugend ruht, ist die Maßnahme der Zuruhesetzung nicht mehr zu umgehen.“¹⁸³ Bereits am 6. April übernahm ein Professor König vom Friedrich-Gymnasium¹⁸⁴ sein Amt.

Hubert König war während des Weltkrieges Leutnant gewesen und hatte 1920 in Karlsruhe aus Anlass des Totensonntags eine Rede gehalten, deren sentimentales Pathos die SPD-Zeitung „Volksfreund“ zum Widerspruch reizte. Daraufhin zog die rechte „Badische Rundschau“ unter der Überschrift „Es hat ein deutscher Mann ein deutsches Wort geredet“ gegen den „Volksfreund“ zu Felde. Die Kontroverse verebbte aber rasch: 1920 hatte man andere Sorgen. 1925 gründete König dann die Zeitschrift „Der badische Leibdragoner“ zur Traditionspflege seiner ehemaligen Waffengattung. Dies alles verweist König in eine Gruppe, die man mangels Besserem als die „Generation des Fronterlebnisses“ bezeichnet. Männer dieses Typs standen in der Regel der DNVP nahe, mussten also ihre politische Heimat nicht bei der NSDAP finden. Wenn König dennoch am 1. 5.1933 dieser Partei beitrug, dann vor allem deshalb, weil er zusammen mit Empfindlichkeit und Frust auch ein gehöriges Maß an Ambitioniertheit in sich vereinigte. Seine dienstlichen Beurteilungen waren



Abb. 5 Das Lehrerkollegium des Berthold-Gymnasiums 1927; Direktor Dr. Franz Josef Lengle (rechts) war Priester und Mitglied der Zentrumsparlei. Anfang April 1934 wurde er von den Nationalsozialisten seines Amtes enthoben. (Bildvorlage des Autors)

bislang nicht eben glanzvoll gewesen.¹⁸⁵ 1932 hatte eine mit großen Hoffnungen begleitete Bewerbung um eine Schulleiterstelle ihr Ziel verfehlt. Wahrscheinlich deshalb setzte König nach dem Machtwechsel auf die neuen Herren. Mit Schreiben vom 12. März 1934 empfahl er sich als ein aufrechter, national gesinnter Deutscher und Frontkämpfer, der wegen seiner Totensonntagsrede von der rot-schwarzen Koalitionsregierung Badens um alle Karrierechancen gebracht worden sei. Damit hatte er auf Anhieb Erfolg: Am 6. April 1934 beauftragte ihn das Ministerium mit der Leitung des Berthold-Gymnasiums. 1936 erschien sein Name im Schriftverkehr des Ministeriums gar als Kandidat für ein Amt in der Schulaufsicht. Dann aber verdüsterte sich die warme Sonne, die so plötzlich die Karriere des Hubert König gefördert hatte. Die HJ warf ihm im Juli 1936 vor, er schikaniere die Jungzugführer an seiner Schule.¹⁸⁶ Im November teilte das NS-Kreisamt für Erzieher dem Ministerium mit, dass König als Schulleiter „politisch untragbar“ sei. Als das Ministerium hierauf nicht angemessen reagieren wollte, legte die Gauleitung nach und ließ das Ministerium am 14. August 1939 wissen, dass Hubert König „nach seiner politischen und weltanschaulichen Haltung an dieser politisch außerordentlich bedeutsamen Stelle fehl am Platz ist“. Denn am Berthold-Gymnasium würden „die Zöglinge des Erzbischöflichen Konvikts unterrichtet ... Es ist deshalb unerlässlich, dass der Leiter der Anstalt eine politisch und weltanschaulich klare Haltung einnimmt. ... Diese Voraussetzungen sind jedoch bei Direktor König nicht gegeben. Ich bitte sie deshalb, in

der Leitung der Schule alsbald einen Wechsel vorzunehmen.“ Das badische Kultusministerium, das gegenüber den Parteiorganen rechtsstaatliche Traditionen, soweit möglich, verteidigte, erwiderte, dass eine Absetzung beamtenrechtlich nur wegen eines Verschuldens möglich sei, dass aber ein solches hier nicht vorliege, so dass nur eine Versetzung in Frage komme. Diese aber sei derzeit aus personalpolitischen Gründen nicht machbar. Gauleitung und Ministerium einigten sich schließlich Ende Oktober 1939 darauf, den Fall König bis Kriegsende auf sich beruhen zu lassen.

Worin genau die Mängel in der weltanschaulich-politischen Haltung des Direktors König bestanden, ergibt sich aus der Aktenlage nicht. Sicher gehörte König zu den zwar willigen, aber nicht gerade schneidigen Exekutoren des Parteiwillens. An das Format seines Vorgängers reichte er auch nicht annähernd heran.¹⁸⁷ Und bei Schülern und Kollegen schien er wenig Achtung besessen zu haben.¹⁸⁸ Darüber hinaus fällt – jedenfalls ex post – seine Neigung zu Militärspielen auf, besonders seine zackig inszenierten Morgenappelle.¹⁸⁹ Aber dies war anderen Orts auch üblich und pflegte insbesondere die Partei nicht zu stören.

Dafür gab es am Berthold-Gymnasium einen Lehrer, der sich wiederum an Direktor König störte: Hermann Sailer. Er war Altparteigenosse¹⁹⁰ und fühlte sich durch die Ernennung Königs übergangen und gekränkt.¹⁹¹ Nach dem Machtwechsel war ihm zwar zweimal eine Schulleiterstelle angeboten worden. Aber da er Freiburg nicht verlassen wollte, hatte er beide Male abgelehnt und dann seinem empörten Herzen in einem Schreiben an das Ministerium Luft gemacht.¹⁹² Im Zusammenspiel mit dem jeweiligen Amt für Erzieher auf Kreis- und Gauebene, die – wie erinnerlich – von seinen Freiburger Parteigenossen Kunzmann und Dr. Ganter geleitet wurden, bedrängte er das Ministerium in der Folge mit dem Ziel, Direktor eines der beiden Freiburger Gymnasien zu werden. Im September 1939 – und damit zeitgleich mit der Parteiinitiative zur Ablösung Königs – erschien sein Name auf dem Planungstableau des Ministeriums als künftiger Schulleiter eines der beiden Freiburger Gymnasien.¹⁹³ Aber beiden blieb Hermann Sailer zunächst erspart. Dafür wurde in der Folge die Hindenburgschule geteilt, um für Sailer einen Direktorenposten zu schaffen, den er aber dann aus unbekannt bleibenden Gründen nicht erhielt. Dafür wurde er Anfang 1941 ins Elsass versetzt – als Direktor des Martin-Schongauer-Gymnasiums in Colmar.¹⁹⁴

Anfang Januar 1940 verdüsterten sich die Zukunftsperspektiven des Berthold-Gymnasiums: Eine Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister, einem Beamten des Kultusministeriums und Dr. Ganter als Vertreter des Gau-Erziehungsamts fasste den Beschluss, das Berthold-Gymnasium aufzuheben und dessen Gebäude der Universität zu überlassen.¹⁹⁵ Dr. Ganter erhielt den Auftrag, die Möglichkeiten einer Zusammenlegung der Schülerschaft des Bertholds- und des Friedrich-Gymnasiums zu überprüfen. Dr. Ganter erledigte diesen Auftrag innerhalb von drei Tagen und plädierte mit einem solchen Eifer für eine schnelle Schließung des Berthold-Gymnasiums, dass sich der Verdacht aufdrängt, er habe ein persönliches Interesse an dessen Untergang gehabt.

Die Rettung des Berthold-Gymnasiums kam von außen. Am 25. Februar erhob das Hochbauamt Einspruch gegen eine Übergabe des Berthold-Gymnasiums an die Universität mit dem Argument, dass der Bedarf an Schulraum in Freiburg größer sei als

die vorhandenen Kapazitäten und man diesen während eines Krieges ohnehin schlecht abschätzen könne.¹⁹⁶ Daraufhin entschied das Ministerium am 2. März 1940, dass das Berthold-Gymnasium für die Dauer des Krieges fortbestehen solle, aber klassenweise abzubauen sei und zwar so, dass Ostern 1940 die erste Klasse, Ostern 1941 die zweite Klasse usw. wegfallen. Nach seiner Auflösung sei dann der Name „Berthold-Gymnasium“ auf das verbleibende Friedrich-Gymnasium zu übertragen.¹⁹⁷

Diese Entscheidungen liefen über den Kopf des Schulleiters König hinweg. In der Folge unternahm dieser offensichtlich keine nennenswerten Versuche, das Gesetz des Handelns im Interesse seiner Schule zurückzugewinnen. Dafür begann er – Folge einer Kriegsverletzung – zu kränkeln und sich immer öfters zur Erholung nach Hofgrund zurückzuziehen.¹⁹⁸ Mit dem Beginn des Schuljahres 1940 nahm das Berthold-Gymnasium weisungsgemäß keine Eingangsklassen mehr auf. Inzwischen erreichten aber die Kinder der starken Vorkriegsjahrgänge die höheren Schulen – ein Umstand, der dem NS-„Bildungsexperten“ Dr. Ganter bei seinen Berechnungen offensichtlich entgangen war. Deshalb begannen in der Folge immer mehr Schüler das Friedrich-Gymnasium zu überschwemmen. Die Stadt sah sich im Juli 1942 gezwungen, das Ministerium um eine Neubelegung des Berthold-Gymnasiums zu bitten. Dieses stimmte im August 1942 zu und ordnete gleichzeitig die Rückführung von drei unteren Klassen des Friedrich-Gymnasiums an.¹⁹⁹ Auf verschlungenen Wegen war damit letztlich alles beim alten geblieben.

Im Sommer 1933 setzte die Flut jener Erlasse ein, die den Schulen das Selbstverständnis des Regimes aufzwingen: Einführung des Hitler-Grußes, Wiedereinführung der deutschen Schreibschrift, Einführung von „Heimatkunde“ als fächerübergreifendes Bildungsziel. Die Umformung relevanter Fächer folgte: Kern des Biologie-Unterrichts wurde nunmehr die Rassenlehre, zum Höhepunkt des Erdkunde-Unterrichts die „Geopolitik“. Geschichte geriet zur Explikation von Rasse, Führer und Lebensraum, Literatur zur Feier des germanisch-deutschen Genius. Auch die anderen Fächer wurden unter Leitung des NS-„Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht“ in den Dunstkreis der NS-Ideologie gezogen. Eine besondere Bedeutung gewann das Fach Sport: Es wurde auf fünf Wochenstunden erhöht, versetzungsrelevant und gewichtiger Teil der Abiturprüfung.²⁰⁰ Der Kriegsbeginn bot den Vorwand, den Religionsunterricht auszusetzen.

Der Schulbetrieb erfuhr bereits zu Friedenszeiten erhebliche Störungen: „Einberufungen von Lehrern und Schülern zu Lehrgängen, Einführung des schulfreien sogenannten Staatsjugendtages, Ansprüche der Hitler-Jugend auch im schulischen Bereich, fortwährende öffentliche Haus- und Straßensammlungen.“²⁰¹ Hinzu kamen häufige Unterbrechungen des Unterrichts, um in der Turnhalle gemeinsam Rundfunkreden von Hitler und anderen NS-Größen anzuhören. Hinzu kamen aber auch neue Gedenktage, wobei der Schlageter-Kult für das Berthold-Gymnasium eine besondere Bedeutung gewann. Denn Leo Schlageter aus Todtnau, der 1923 während der Ruhr-Besetzung Eisenbahnschienen gesprengt hatte und von den Franzosen als Saboteur hingerichtet wurde, war einst Schüler des Berthold-Gymnasiums gewesen.

Trotz all dieser Veränderungen schien das Berthold-Gymnasium zu keinem NS-Gymnasium geworden zu sein: Der größere und gewichtigere Teil des Lehrerkollegs

hatte sich der Partei verweigert.²⁰² Und in der Schülerschaft wirkten starke katholische Bindungen,²⁰³ die eine kritiklose Adaption der NS-Ideologie verhinderten oder zumindest erschwerten. Joachim Fest (der spätere Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“), der während des Krieges das Friedrich-Gymnasium besucht hat, empfand die Freimütigkeit der Lehreräußerungen als „auffallenden Unterschied“ zu seiner früheren Berliner Schule.²⁰⁴ Dies dürfte am Berthold-Gymnasium nicht viel anders gewesen sein.

Nachdem Deutschland am 1. September 1939 in Polen eingefallen war und man einen französischen Entlastungsangriff am Oberrhein befürchtete, fiel der Unterricht bis Anfang Oktober aus. Aus dem gleichen Grunde war während des Frankreich-Feldzuges erneut schulfrei. Die Einberufung der jüngeren Lehrer führte von nun an zu regelmäßigem Unterrichtsausfall. Nach Abschluss des Frankreichfeldzuges musste die Schule weitere Lehrer für elsässische Gymnasien abstellen. Nach dem Beginn des verlustreichen Russlandkrieges lichteten die Einberufungen allmählich auch die höheren Klassen der Schülerschaft. Viele Schüler meldeten sich zudem freiwillig als Offiziersanwärter, um hierdurch den Reifevermerk ohne Abiturprüfung zu erhalten. Seit 1941 zogen die mittleren Klassen – wie bereits während des Ersten Weltkrieges – regelmäßig als Erntehelfer aufs Land oder sammelten „Ersatzstoffe“.²⁰⁵ 1943 wurden die Jahrgänge 1926 und 1927 als Flakhelfer rekrutiert.²⁰⁶ Und nach der Invasion im Jahre 1944 kamen alle Schüler vom vollendeten 14. Lebensjahr an zum Volksaufgebot, das den Westwall verteidigungsbereit zu machen hatte. Der reguläre Schulbetrieb des Berthold-Gymnasiums war deshalb bereits nachhaltig gestört, als der britische Luftangriff am 27. November 1944 auch sein Gebäude zerstörte. Der Schüler Klaus Hemmerle (später Bischof von Aachen) war in dieser Nacht als Brandwache eingeteilt und hat die Zerstörung seiner Schule aus der Nähe beobachtet und in einem detaillierten Bericht festgehalten.²⁰⁷ Vom Bombenangriff an bis zum 15. Oktober 1945 ruhte aller Schulbetrieb: Die Bewohner der zerstörten Stadt hatten andere Sorgen.

Der schwere Weg in die Normalität. Das Berthold-Gymnasium zwischen 1945 und 1958

Der Zusammenbruch von Hitler-Deutschland war vollständiger und totaler als je zuvor eine Niederlage in der deutschen Geschichte: Städte waren zerstört, das Land geteilt und von den Siegermächten beherrscht. In Freiburg, der Hauptstadt der französischen „Pays de Bade“, residierte die „Délégation Supérieure“ mit dem französischen General Schwartz an der Spitze, der wiederum dem französischen Oberkommandierenden in Deutschland mit Sitz in Baden-Baden unterstand. Der „Délégation Supérieure“ zur Seite stand eine schnell berufene deutsche Administration, die sich selbst als Regierung verstand, die die Besatzungsmacht aber in aller Regel als ihre Auftragsverwaltung betrachtete.

Im Juli 1945 etablierte sich in Freiburg ein „Ministerium des Kultus und Unterrichts“ unter Dr. Karl Ott, dem ehemaligen, 1933 zwangspensioniertem Direktor des Karlsruher Studienseminars, der nunmehr den Titel „Ministerialdirektor“ führte. Wenig später stieß auch Leo Wohleb, ehemaliger Lehrer am Berthold-Gymnasium,

zuletzt Direktor in Baden-Baden, zum Kultusministerium, wo er zunächst Hochschulreferent wurde, bis ihn dann die Besatzungsmacht im Dezember 1946 zum Staatssekretär und Chef des Kultusministeriums berief und wenig später zum Staatspräsidenten (Süd-)Badens.

Ein interministerieller Ausschuss der französischen Regierung hatte die Militärverwaltungen in Deutschland bereits am 20. Juli 1945 angewiesen, die deutschen Schulen wieder rasch zu eröffnen.²⁰⁸ Aber es sollte noch bis zum 17. Oktober 1945 dauern, bis Ministerialdirektor Dr. Ott in einem Rundschreiben die höheren Schulen Südbadens auffordern konnte, mit dem Unterricht zu beginnen, aber nur „ausdrücklich bestätigte Lehrer und Lehrerinnen einzusetzen“. Diese Bestätigung war zunächst ausschließliche Sache der Militärverwaltungen. Das Rundschreiben verbot alle Lehrbücher, die nach 1933 erschienen waren. Zugleich kündigte es einen neuen Lehrplan an, nahm aber bereits jetzt deutliche Korrekturen am alten NS-Lehrplan vor: Im Deutschunterricht waren nunmehr „die Beziehungen des deutschen Schrifttums zu dem der anderen Völker, vor allem zu den Franzosen und Engländern, aufzuzeigen“, der Biologieunterricht hatte die Rassenlehre zu streichen, Geschichte musste sich vorerst auf die griechische und römische Geschichte sowie auf Kunstgeschichte beschränken. Dabei war „eingehend ... der kulturelle Einfluß der Antike auf das Abendland darzulegen“. Letzteres spiegelt die berühmte Freiburger Rede des Generals de Gaulle vom 4. Oktober 1945 wider,²⁰⁹ die auf die gemeinsamen kulturellen Wurzeln beider Nationen verwies und Versöhnung und Zusammenarbeit für die Zukunft anbot. Freilich ging der Tenor dieser Rede in der tagtäglichen, an Widersprüchen reichen und herrschaftlich ausgeübten Besatzungspolitik rasch unter.²¹⁰

In der Schulpolitik kam es in der Folge zu einer „Politik der Anweisungen“, wobei die Militärregierung auf deutsche Traditionen immer weniger Rücksicht nahm und das höhere Schulwesen ihrer Zone immer rigorosier dem französischen Vorbild anpasste. Das Zentralabitur wurde eingeführt, die Notenskala in das französische 20-Punkte-Schema umgewandelt. Und im August verordnete die Militärregierung ihrer Besatzungszone das französische Einheitsgymnasium, das sich erst in der vierten und in der sechsten Klasse in verschiedene Abteilungen und Sektionen aufgliederte.²¹¹ Dieses Modell sah nur für Französisch einen durchgehenden Sprachunterricht von der ersten bis zur neunten Klasse vor und hätte deshalb zum Untergang des traditionellen humanistischen Gymnasiums geführt. Bis heute ist nicht geklärt, wie es damals dem Kultusministerium gelungen ist, in Südbaden wenigstens vier humanistische Gymnasien zu erhalten. Eines dieser vier Gymnasien war das 1945 aus der Vereinigung von Berthold- und Friedrich-Gymnasium hervorgegangene „Gymnasium Freiburg“.

Das Kultusministerium hatte im Juni 1945 in Absprache mit den französischen Behörden Dr. Max Breithaupt, bisher Lehrer am Friedrich-Gymnasium, zum Direktor des „Gymnasiums Freiburg“ bestellt. Dr. Breithaupt gehörte zu den markantesten Altphilologen Badens. Seine Examina und dienstlichen Beurteilungen waren glänzend.²¹² Berichte unterschiedlicher Herkunft heben übereinstimmend hervor, dass es ihm weniger um die formale Schulung durch die alten Sprachen als vielmehr um die durch sie vermittelten Inhalte gegangen sei. Damit gehörte Dr. Breithaupt zu jener modernen Richtung altsprachlicher Didaktik, die schließlich bei Hartmut von Hen-

tig ihr ausformuliertes Programm finden sollte.²¹³ Dr. Breithaupt liebte unkonventionelle Zugänge zur Antike: Architektur und Kunst waren ihm wichtig, natürlich auch Philosophie, vor allem aber das griechische Theater, das unter seiner Leitung immer wieder glanzvolle Inszenierungen erlebt hat. Der begeisterte und begeisternde Lehrer war 1926 mit gerade 38 Jahren in Tauberbischofsheim jüngster Gymnasialdirektor Badens geworden. 1932 wechselte er in gleicher Position nach Konstanz. Dort wurde er 1937 auf Betreiben der NS-Kreisleitung abgesetzt und als einfacher Lehrer dem Freiburger Friedrich-Gymnasium zugewiesen,²¹⁴ obwohl alle Beteiligten – Stadt, Ministerium und sogar NS-Parteigorgane – anerkannten, dass seine Schule unter ihm einen Aufschwung erlebt und dass er das Kulturleben der Stadt Konstanz bis tief in die benachbarte Schweiz hinein gefördert habe. Der Grund für seine Ablösung lag darin, dass er „zu der neuen Epoche des Nationalsozialismus keine innere Stellung, noch viel weniger ein Urteil über die Grundlagen des nationalsozialistischen Staates besitzt“.²¹⁵ Mit beidem hatten die Parteigewaltigen zweifellos recht gehabt.

Am 1. Oktober 1945 wies die Militäradministration dem vereinten Gymnasium das Gebäude des ehemaligen Friedrich-Gymnasiums zu, das während des Krieges als Lazarett und nach dem Krieg als Unterkunft marokkanischer Soldaten gedient hatte. Nach notdürftiger Instandsetzung²¹⁶ begann am 15. Oktober 1945 der Unterricht mit elf Lehrern, die von der Besatzungsmacht für unbedenklich erklärt waren, und 622 Schülern, die sich wiederum auf 17 Klassen verteilten. Das Zahlenverhältnis zwischen Lehrern und Schülern hatte zur Konsequenz, dass zunächst nahezu jede zweite Unterrichtsstunde ausfiel. Im Laufe des Novembers kamen dann vier weitere Lehrer hinzu. Und zum Jahresende belief sich die Zahl der unterrichtenden Lehrer auf insgesamt 18.²¹⁷ Mit deren Hilfe gelang es Dr. Breithaupt, vom Januar 1946 an in jeder Klasse mindestens 20 Wochenstunden Unterricht erteilen zu lassen. Dieser Unterricht wurde vielfach behindert: Den Klassenzimmer fehle die übliche Ausstattung. Schreibmaterial war knapp, ebenso geeignete Lehrbücher. Hinzu kam, dass alle übrigen Schulgebäude der Stadt zerstört oder beschädigt waren. Deshalb drängten sich gleichzeitig die Schüler der „Vereinten Knaben-Oberschule“ (heute Rotteck- und Kepler-Gymnasium) und die Schülerinnen der „Vereinten Mädchen-Oberschule“ (heute Goethe- und Droste-Hülshoff-Gymnasium) in das Gebäude des Friedrich-Gymnasiums mit der Folge eines jahrelangen Schichtunterrichts. Im strengen Winter 1945/46 ging das Heizmaterial zur Neige. Der Unterricht musste deshalb wochenlang verkürzt oder in Privatwohnungen verlegt werden. Aber sogar in der Not und im Mangel dieses ersten Nachkriegsschuljahrs erschienen erste hoffnungsvolle Zeichen kommender Normalität: Im Dezember wurde der Schule erstmals wieder eine Studienreferendarin zur Ausbildung zugewiesen. Und im Mai 1946 nahm ein jüdischer Studienrat, Paul Salomon, der die Fächer Mathematik, Physik und Philosophie vertrat, hier seinen Dienst auf.²¹⁸

Am Ende des Schuljahres 1946/47 fand erstmals die neue und deshalb ungewohnte zentrale Abiturprüfung statt,²¹⁹ die viele südbadische Abiturienten nicht bestanden, so auch zwölf Schüler des Freiburger Gymnasiums. Das Kultusministerium begegnete dem dadurch provozierten öffentlichen Ärger mit einer Neuauflage der „Überfüllungsthese“: 970 Prüflinge hätten sich zum Abitur angemeldet, während der

Bedarf an akademischem Nachwuchs in Südbaden kaum über 200 hinausgehe. Damit sich nicht wieder ein „geistiges Proletariat“ wie nach 1919 bilde, das der NS-Machtergreifung Vorschub geleistet habe, müsse durch ein strenges Zentralabitur „eine scharfe Auslese und zwar nur nach Begabung“ getroffen werden.²²⁰ Zum Glück für den Aufschwung der 50 Jahre mit seiner gewaltigen Nachfrage nach Akademikern aller Fachrichtungen wurde diese Absicht dann doch nicht mit der geplanten „Schärfe“ durchgeführt.

Allmählich geriet die Schule aus dem Zustand fortwährenden Mangels in eine neue Normalität: „Vom neuen Schuljahr an will ich versuchen, in allen Klassen Vollunterricht von 30 Wochenstunden einzurichten (statt bisher nur 23 Stunden in den unteren und 24 Stunden den mittleren Klassen). Überdies musste bis jetzt der deutsche Unterricht in 2 Sexten von unserem Zeichenlehrer – notdürftig! – erteilt werden während umgekehrt kein Zeichenunterricht stattfinden konnte,“²²¹ teilte Dr. Breithaupt dem Ministerium am 2. August 1947 mit. Auch in einem anderen Bereich kehrte Normalität ein: Im September 1948 verfügte das Ministerium – übrigens gegen den Willen von Direktion und Kollegium²²² –, dass das „Gymnasium Freiburg“ wieder den alten Namen „Berthold-Gymnasium“ übernehmen solle.

Mit der Gründung der Bundesrepublik gewannen deutsche Organe – so auch das badische Kultusministerium – ihre volle Souveränität in kultur- und bildungspolitischen Angelegenheiten zurück. Damit entfiel der Orientierungszwang am französischen Vorbild, auch wenn die Kultusbürokratie an einigen diesbezüglichen Neuerungen festhielt, beispielsweise am Zentralabitur. Mangels anderer demokratischer Orientierungen suchte die frühe Bildungspolitik der Bundesrepublik ihre Vorbilder im institutionellen Erbe von Weimar.

Im Schuljahr 1948/49 konnte Dr. Breithaupt wieder an Theater denken:²²³ Das Berthold-Gymnasium führte Sophokles' Antigone in einer weithin beachteten Inszenierung auf. Im folgenden Schuljahr fanden erstmals wieder Studienfahrten (die erste ins nahe Basel) und Skifreizeiten (die erste auf dem Schauinsland) statt. Mit dem Beginn des Schuljahres 1952/53 verlegte das Ministerium nach dem Vorbild von Weimar den Anfang des Schuljahres auf Ostern. Im gleichen Schuljahr konstituierten sich erstmals wieder die Schüler-Vertretung und der Eltern-Beirat, fanden die ersten „Bundesjugendspiele“ statt. Gleichzeitig verfügte das Ministerium im Interesse sozialer Chancengleichheit eine stufenweise Reduktion des Schulgeldes, das dann zum Schuljahresende 1957 ganz entfiel. Der von der Bildungspolitik der frühen Bundesrepublik gesuchte Anschluss an die Institutionen von Weimar war gefunden.

Mit dem Ende des Schuljahres 1953/54 trat Dr. Breithaupt in den Ruhestand. Er hatte die Leitung des Berthold-Gymnasiums in der wohl schwierigsten Phase seiner ganzen Geschichte übernommen und ihm fest, beharrlich und klug den Weg in die Normalität der Nachkriegszeit gewiesen. Er hat zudem das Ansehen des Berthold-Gymnasiums weit über die Grenzen Freiburgs hinaus neu gefestigt. Aber was vielleicht noch wichtiger war: Er hat ganzen Generationen von Schülern den Reichtum klassischer Bildung nahe gebracht und ihnen so die Möglichkeit eröffnet, aus der Antike Sinnentwürfe für ihre Gegenwart zu gewinnen. Zurecht verlieh ihm deshalb Bundespräsident Heuss 1954 das Verdienstkreuz des kurz zuvor gestifteten Verdienstordens der Bundesrepublik.

Noch in die Amtszeit Dr. Breithaupts fallen erste Initiativen für einen Neubau des Berthold-Gymnasiums, der die seit Kriegsende immer bedrängendere Raumnot beheben sollte. Der Nachfolger von Dr. Breithaupt, Dr. Josef Klek, vorher Direktor in Lörrach, verfolgte dieses Ziel energisch weiter. Ihm kam zustatten, dass auch die Stadt Freiburg aufgrund entsprechender Bedarfsanalysen daran interessiert war, wieder zwei humanistische Gymnasien zu besitzen. Da zudem das neue Bundesland Baden-Württemberg die allorts notwendigen Schulneubauten mit hohen Staatszuschüssen förderte, bot die Finanzierung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Leider hatte jedoch die Stadt Freiburg bereits anderweitig über das angestammte Grundstück des Berthold-Gymnasiums an der Bertold-Straße verfügt, so dass nunmehr die langwierige Suche nach einem geeigneten Grundstück entsprechender Größe begann. Man fand es schließlich in der östlichen Stadtperipherie auf dem bisherigen Lagergelände des städtischen Tiefbauamtes und legte sich damit auf eine Lösung fest, die grundsätzlich auf die bisherige Zentralität verzichtete. Damit wurde das neue Berthold-Gymnasium auf längere Sicht zum humanistischen Stadtteilgymnasium der Wiehre. Das städtische Bauamt übernahm die architektonische Planung, die wegen des labilen Baugrundes und der langgestreckten Geländeform besondere Probleme aufwarf.²²⁴ Schließlich konnte das Berthold-Gymnasium 1958 das Gebäude des Friedrich-Gymnasiums verlassen und sein neues Areal in der Hirzbergstraße beziehen. Damit begann zugleich eine neue Epoche in der langen Geschichte des ältesten Gymnasiums von Freiburg.

Anmerkungen

- ¹ Von allen neu geschaffenen Rheinbundstaaten war Baden der künstlichste: Zwischen 1803 und 1806 vergrößerte sich sein Territorium von 3.500 qkm auf 15.000 qkm, wuchs seine Bevölkerung von etwa 175.000 auf etwas mehr als eine Million. Die neuen Gebiete stammten aus verschiedenartigen weltlichen und geistlichen Territorien mit unterschiedlichem staatlichen und kulturellen Entwicklungsstand und brachten dem evangelischen Landesherren ein Dauerproblem: Eine Bevölkerungsmehrheit von katholischen Untertanen, die zudem überwiegend in den wirtschaftlich weniger begünstigten Regionen lebten, so dass sich der konfessionelle Dissens rasch mit sozialen Spannungen überlagern konnte. Die Formel mit der die verantwortlichen Politiker, allen voran Sigismund von Reitzenstein, das Problem angingen, lautete: Integration durch Verwaltung. Dies machte Baden, zusammen mit einer flexiblen Nähe zu den liberalen Grundströmen der Zeit, innerhalb eines Jahrhunderts zu jenem berühmten liberal-konstitutionellen Musterstaat, zur „Beamtenrepublik mit einem Großherzog an der Spitze“ (HELLPACH), dessen nostalgisch verklärte Erinnerung heute gerade in der Region fortlebt, die ihn ursprünglich am meisten abgelehnt hat: in Südbaden.
- ² Stadtarchiv Freiburg, C 1 Landesherrschaft 1 Nr. 3.
Ein Wort zur Quellenlage: Alle in der Schule verwahrte Archivalien sind 1944 während des Bombenangriffs verbrannt. Damit sind wichtige Quellengruppen wie Konferenzprotokolle, Korrespondenzen, Erlasse usw. für immer untergegangen. Zusätzlich wurde der größte Teil jener Akten des badischen Kultusministeriums (und seiner Vorgänger), die das Berthold-Gymnasium betreffen, 1945 in Straßburg zerstört (wo das Ministerium seit 1941 seinen Amtssitz hatte). Die wichtigste Quellengruppe für diesen Artikel bilden deshalb die „Programme“ oder „Jahresberichte“ (vgl. dazu Anm. 139) der Schule.
- ³ JOSEF NIKOLAUS SCHMEISSER: Chronik des Lyceums. In: Programm 1840, S. 30.
- ⁴ Großherzoglich-Badisches Regierungsblatt 5, 1807, S. 274.
- ⁵ Vgl. dazu ausführlich SCHMEISSER (wie Anm. 3), S. 30–35.
- ⁶ Es handelt sich um den sogenannten „Patres-Bau“ des Jesuitenkonvents (heute Forstwissenschaftliche Fakultät), der 1702 errichtet und 1790 dem Gymnasium Academicum zugewiesen worden ist;

- vgl. ARTHUR DISCHLER: Die Baugeschichte der alten Universität zu Freiburg im Breisgau. In: Zeitschrift des Freiburger Geschichtsvereins 44, 1934, S. 33 f., S. 61.
- ⁷ Großherzoglich-Badisches Regierungsblatt 5, 1807, S. 274. Dies provozierte – wie Dr. Baumstark (vgl. Anm. 63) bissig anmerkte – den Missstand, dass „selbst Gymnasial-Directionen bloßen Kaplänen, welche nie zuvor Lehrer an einem Gymnasium gewesen“, übertragen worden seien; vgl. ANTON BAUMSTARK: Seine Lebensgeschichte von ihm selbst verfasst. Freiburg 1876, S. 18.
- ⁸ Vgl. den Bericht des damaligen Präfekten GEORG KEFER im Schulprogramm 1816, S. VI.
- ⁹ Dazu grundlegend CLEMENS MENZE: Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts. Hannover 1975 sowie die Korrekturen von DIETRICH BENNER: Wilhelm von Humboldts Bildungstheorie. Weinheim/München 1990.
- ¹⁰ Dazu grundlegend KARL-ERNST JEISMANN: Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft. Stuttgart 1974, S. 324 ff.
- ¹¹ Vgl. HERWIG BLANKERTZ: Die Geschichte der Pädagogik. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Fulda 1982, S. 166–171.
- ¹² Badische Biographien. Hg. von FRIEDRICH VON WEECH. Teil I. Heidelberg 1875, S. 72 f.
- ¹³ Gemeint ist der zwischen 1811 und 1813 erarbeitete und 1816 in Kraft gesetzte Lehrplan für Gymnasien, vgl. die Studentafel bei KARL-ERNST JEISMANN (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 3: 1800–1870. München 1987, S. 172.
- ¹⁴ Vgl. hierzu GLA Karlsruhe, 235/13 795 und 13 796.
- ¹⁵ JOSEF NIKOLAUS SCHMEISSER: Chronik des Lyceums. In: Programm 1841, S. 18 f.
- ¹⁶ Programm 1827, S. 3 ff.
- ¹⁷ Das Gymnasium Academicum und ihm folgend das Gymnasium hatten bis 1814 unter dem Titel „Nomina iuvenum in Gymnasio Academico Friburgensi Brisgoviae humanioribus litteris studentium“ lediglich die Schülerlisten und die Namen der jeweiligen Preisträger veröffentlicht.
- ¹⁸ Programm 1816, S. IX: „Über die Vortrefflichkeit der griechischen Sprache und ihre Nothwendigkeit für den wissenschaftlich Gebildeten, dem auch die herrlichen Werke der Hellenen ihre ewigen Schätze öffnen sollen, ist unter den Kundigen nur eine Stimme.“
- ¹⁹ Programm 1827, S. 5 f.
- ²⁰ Vgl. WERNER RUF: Der Neuhumanismus in Baden und seine Auswirkungen auf die Gelehrtenschulen. Diss. München 1961, S. 57–78; AUGUST JOOS: Die Mittelschulen im Großherzogtum Baden. Karlsruhe ²1898, S. 51.
- ²¹ Schreiber wurde 1826 Professor für Moralthologie, überwarf sich allerdings in der Folge mit seiner Kirche und schied aus dem geistlichen Stand aus. Seine späteren Veröffentlichungen zur Geschichte von Stadt und Universität Freiburg sind bis heute grundlegend. Zur Biographie vgl. Badische Biographien. Hg. von FRIEDRICH VON WEECH. Teil II. Heidelberg 1875, S. 281–284.
- ²² Zu Schreibers Absichten vgl. das Programm 1825, S. III–VI. Zu den Wurzeln der Exkursionsdidaktik in der Aufklärung vgl. WOLFGANG GRIEP: Die lieben Zöglinge unterwegs. Über Schulreisen am Ende des 18. Jahrhunderts. In: Reisen im 18. Jahrhundert. Neue Untersuchungen. Hg. von WOLFGANG GRIEP und HANS W. JÄGER (Neue Bremer Beiträge 3). Heidelberg 1986. S. 152–180, besonders S. 168 ff.
- ²³ Programme von 1824 und 1825; vgl. auch den Schüleraufsatz (gleichsam als Anweisung für Hobbyarchäologen) „Wie können Spuren römischer Alterthümer in unseren Gegenden leicht aufgefunden und verfolgt werden?“. In: Programm 1825, S. 23–35.
- ²⁴ Vgl. die nicht recht vorteilhafte Beschreibung in Badische Biographien II (wie Anm. 21), S. 274 f. Am abfälligsten äußerte sich der Freiburger Lehrer und spätere Ordinarius für Alte Sprachen an der Universität Dr. Anton Baumstark (mit dem Schmeisser allerdings im Dauerstreit lag): „ein kraftloser Mensch namentlich der Behörde und dem Publikum gegenüber, dessen Gunst ihm Leitstern war“. BAUMSTARK (wie Anm. 7), S. 23 f.
- ²⁵ SCHMEISSER (wie Anm. 15), S. 24.
- ²⁶ HERMANN MAYER: Kurzer Überblick über die Geschichte des Berthold-Gymnasiums. Von den Anfängen bis zur Gründung des Friedrich-Gymnasiums im Jahre 1904 (1934). Wiederabdruck in: Das Freiburger Berthold-Gymnasium 1958. Festschrift zur Einweihung des Neubaus an der Hirzbergstraße. Freiburg 1958, S. 19.
- ²⁷ WILHELM KARST: Die Freiburger Studentenschaft in der Revolution von 1848 und 1849 in Baden. Unveröffentl. Magisterarbeit. Freiburg o.J. (1983).

- ²⁸ Prof. Dr. Zell, Vertreter der Universität Freiburg in der ersten Kammer des badischen Landtags, brachte dies während einer Debatte 1831 auf den Punkt: „Nicht bloß die protestantischen und katholischen Lehranstalten desselben Ranges oder Namens (sind) voneinander verschieden organisiert... Diese Verschiedenheit zeigt sich einmal in der Klasseneinteilung: so haben wir Gymnasien von drei, vier, fünf, sechs Klassen, Lyceen von sechs, acht, zehn Klassen. Ferner zeigt sich dieselbe Verschiedenheit in der Abgrenzung, in dem Maße und in der Behandlung, ja sogar, was die Lyceen betrifft, in der Auswahl der Lehrgegenstände. Nicht minder finden wir diese Ungleichheit in dem Verhältnis der Mittelschulen zur Universität. Während die Schüler in einer Anstalt zehn Jahre lang zu den Studien vorbereitet werden, sind dazu auf anderen Anstalten nur sechs oder acht Jahre nötig.“ Zitiert bei JOOS (wie Anm. 20), S. 41 f.
- ²⁹ Badische Biographien II (wie Anm. 21), S. 99–105.
- ³⁰ Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungs-Blatt 28, 1837, S. 53 f.
- ³¹ Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungs-Blatt 28, 1837, S. 56. Vgl. auch THOMAS NIPPERDEY: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat. München ³1985, S. 455.
- ³² ANTON BAUMSTARK: Gymnasialfragen. Extrabeilage des 'Badischen Beobachters'. Karlsruhe 19. 9. 1863.
- ³³ GÜNTHER ANTON REGENTROP: Entwicklung und Strukturen der staatlichen Schulverwaltung und Schulaufsicht in Baden von ihren Anfängen bis zur Gegenwart (1803–1983). Ein Beitrag zur deutschen Schulverwaltungsgeschichte. Diss. Bonn 1985, S. 137.
- ³⁴ Vgl. die Akten seiner Amtszeit GLA Karlsruhe, 235/15 407.
- ³⁵ Zur Biographie Hirschers vgl. Badische Biographien I (wie Anm. 12), S. 281–284.
- ³⁶ Hierzu zuletzt WALTER FÜRST: Wahrheit im Interesse der Freiheit. Eine Untersuchung zur Theologie J. B. Hirschers (1788–1856) (Tübinger Theologische Studien 15). Tübingen 1977.
- ³⁷ Programm 1846, S. 7.
- ³⁸ GLA Karlsruhe, 235/13 793, vgl. auch 235/13 794.
- ³⁹ Denkschrift vom 2. 6. 1837, GLA Karlsruhe, 235/17 211.
- ⁴⁰ Programm 1838, S. 3.
- ⁴¹ Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungs-Blatt 30, 1839, S. 248.
- ⁴² Schreiben des Oberstudienrates an das Innenministerium, 20. 1. 1840, GLA Karlsruhe, 235/17 211.
- ⁴³ Zur Diskussion über den philosophischen Vorkurs vgl. JOOS (wie Anm. 20), S. 37–41.
- ⁴⁴ Vgl. A. J. V. HENNISCH: Das Großherzogthum Baden, historisch, geographisch, statistisch, topographisch beschrieben. Heidelberg 1837, S. 581.
- ⁴⁵ HERMANN MAYER: Geschichte der Universität Freiburg in Baden in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. III Teil: 1830–1852. Bonn 1894, S. 38–48.
- ⁴⁶ Programm 1840, S. 18.
- ⁴⁷ Vgl. MAYER (wie Anm. 26), S. 20.
- ⁴⁸ Programm 1846, S. 3.
- ⁴⁹ Programm 1855, S. 5 f.
- ⁵⁰ Programm 1862, S. 7; Freiburg im Breisgau. Die Stadt und ihre Bauten. Hg. vom BADISCHEN ARCHITECTEN- UND INGENIEUR-VEREIN. Freiburg 1898, S. 532.
- ⁵¹ Zur Finanzlage und Verwaltung des Fonds zwischen 1844 und 1848 vgl. GLA Karlsruhe, 235/13 807 und 235/17 195, zwischen 1850 bis 1887 235/13 809.
- ⁵² 23. 11. 1840, GLA Karlsruhe, 235/17 211.
- ⁵³ Schreiben an den Oberstudienrat, 8. 1. 1842, GLA Karlsruhe, 235/17 211.
- ⁵⁴ Programm 1851, S. 5 sowie GLA Karlsruhe, 235/13 811.
- ⁵⁵ KARST (wie Anm. 27), S. 23.
- ⁵⁶ KARST (wie Anm. 27), S. 23 sowie HERMANN MAYER: Die Universität Freiburg in den Jahren 1848 und 1849. In: Zeitschrift der Gesellschaft zur Beförderung der Geschichts-, Altertums- und Volkskunde 11, 1894, S. 25.
- ⁵⁷ Zum Zusammenhang vgl. Geschichte der Stadt Freiburg. Hg. von HEIKO HAUMANN und HANS SCHADEK. Bd 3. Stuttgart 1992, S. 98–101.
- ⁵⁸ HERMANN MORS: Erinnerungen. Mannheim 1866, S. 98. Der bereits im Februar 1848 gesundheitshalber in den Ruhestand verabschiedete Professor (vgl. GLA Karlsruhe, 235/17 211) war im Freiburger Studentenmilieu kein Unbekannter, vgl. MORS S. 73 f.
- ⁵⁹ Programm 1848, S. 5 f.

- ⁶⁰ Bericht an den Oberstudienrat, 31. 8. 1848, GLA Karlsruhe, 235/17 211.
- ⁶¹ Dr. Eisengrein war Bibliothekar der Universität, erhielt 1834 die *Venia legendi* für Botanik und wurde 1840 wegen seines Dauerstreites mit dem Oberbibliothekar Dr. Amman an das Lyzeum versetzt. Hier suchte ihn Direktor Schmeisser – wie der Schriftverkehr zeigt – zunächst gegenüber dem Oberstudienrat zu profilieren. Seine Rolle im Rahmen der 1848er Unruhen, insbesondere die Frage, ob und inwieweit er hinter dem „Botanischen Verein“ des Schülers Rudolph Thiery steckte, lässt sich aus den Quellen nicht beantworten. Zur Biographie Eisengreins vgl. JOHANNES GÜNTHER: Die Universitätsbibliothek Freiburg i. Br. 1823–1849. In: *Bibliothek und Wissenschaft* 9, 1975, S. 57 ff.; S. 70–73.
- ⁶² Dr. Baumstark verließ auf eigenen Antrag die Schule, an der er seit 1826 unterrichtet hatte, weil er sich durch die Berufung von Dr. Nokk zum Schulleiter übergangen fühlte, vgl. BAUMSTARK (wie Anm. 7), S. 41. Der brillante, selbstbewusste und durch zahlreiche Publikationen ausgewiesene Altphilologe war bereits seit 1836 Teilordinarius an der Universität und lebte in einem Dauerstreit mit Direktor Schmeisser (der in vielen Persönlichkeitsmerkmalen sein genaues Gegenteil war). Später griff Baumstark als Freiburger Ordinarius immer wieder in die öffentliche Diskussion schulpolitischer und allgemeinpoltischer Fragen ein und galt, ebenso wie sein bedeutender Sohn Reinhold, als Vertreter einer spezifisch katholisch-rechtsliberalen Position, für die im späteren Zentrum als Folge des Kulturkampfes kein Raum mehr sein sollte. Zu seiner Biographie vgl. *Badische Biographien I* (wie Anm. 12), S. 48–52.
- ⁶³ Programm 1849, S. 3. Es handelt sich um Lyzeumslehrer Eckert und um Lehramtskandidat Heineemann.
- ⁶⁴ Zur Biographie vgl. FRANZ LEOPOLD DAMMERT: Anton Nokk. Ein Lebensbild. Beilage zum Programm 1870 sowie *Badische Biographien II* (wie Anm. 21), S. 111 f.
- ⁶⁵ Vgl. *Badische Biographien*. Hg. von FRIEDRICH VON WEECH. Teil IV. Karlsruhe 1891, S. 400–403.
- ⁶⁶ Programm 1849, S. 3. Allerdings wurde Prof. Scherm noch vor seinem Dienstantritt in Freiburg als Direktor nach Bruchsal berufen, vgl. Programm 1850, S. 3.
- ⁶⁷ MAYER (wie Anm. 56), S. 41 f.
- ⁶⁸ Programm 1849, S. 4.
- ⁶⁹ Vgl. Programme 1835, S. 16; 1836, S. 16; 1837, S. 20. Zu Goegg vgl. zuletzt WOLFGANG HUG: Amand Goegg. Revolutionär mit kühlem Kopf und heißem Herzen. In: *Badische Heimat* 77, 1997, S. 539–547.
- ⁷⁰ Vgl. GUSTAV WENDT: *Lebenserinnerungen eines Schulmanns*. Berlin 1909, S. 88 f.
- ⁷¹ Programm 1866, S. 19–23.
- ⁷² JULIUS DUFFNER: Das Freiburger Berthold-Gymnasium im 1. Weltkrieg. Ein alter Schüler erinnert sich an Lehrerpersönlichkeiten vor zwei Generationen. In: *Freiburger Almanach* 1981, S. 73.
- ⁷³ Jahresbericht 1926, S. 6.
- ⁷⁴ ANTON BAUMSTARK: *Zur Neugestaltung des badischen Schulwesens*. Leipzig 1862, S. 56.
- ⁷⁵ Beitrag zur Geschichte der badischen Gymnasien seit vierzig Jahren. Karlsruhe 1892, S. 7.
- ⁷⁶ Zum Zusammenhang vgl. JOOS (wie Anm. 20), S. 14 f.
- ⁷⁷ Dazu vgl. LOTHAR GALL: *Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung*. Wiesbaden 1968, S. 134–142 sowie ausführlicher JOSEF BECKER: *Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860–1876*. Mainz 1973, S. 67–82.
- ⁷⁸ Text der Verordnung bei JOOS (wie Anm. 20), S. 25–29. Zur Institution vgl. BECKER (wie Anm. 77), S. 115 f.
- ⁷⁹ ERNST BÖCKEL: *Hermann Köchly*. Heidelberg 1904, S. 235.
- ⁸⁰ GLA Karlsruhe, 76/2 999.
- ⁸¹ GLA Karlsruhe, 235/15 740.
- ⁸² Zur Biographie vgl. *Badische Biographien II* (wie Anm. 21), S. 555–558.
- ⁸³ *Badische Biographien*. Hg. von ALBERT KRIEGER und KARL OBSER. Teil VI. Heidelberg 1935, S. 359 f.
- ⁸⁴ Zu Wendt vgl. *Badische Biographien NF*. Hg. von BERND OTTNAD. BAND III, Stuttgart 1990, S. 285 ff. Unter Wendt sollen am Karlsruher Lyzeum regelmäßig ein Drittel aller Schüler durchgefallen sein. Außerhalb seiner Schule entfaltete Wendt, der zugleich dem Oberschulrat angehörte und sich auch als Fachdidaktiker und Verfasser von Schulbüchern einen Namen gemacht hat, bis ins hohe Alter hinein als Abiturkommissar und Schulinspektor (viele Male auch in Freiburg) eine rege Tätigkeit zu-

gunsten des Leistungsprinzips im badischen Schulwesen. Vgl. zu Wendt auch die Kritik von HEINRICH VIERORDT: *Das Buch meines Lebens*. Stuttgart 1925, S. 65 f.

- ⁸⁵ Text des Lehrplanes mit Kommentar bei JOOS (wie Anm. 20), S. 78–133.
- ⁸⁶ Text bei JOOS (wie Anm. 20), S. 119–137. Die schriftliche Prüfung umfasste: deutscher Aufsatz, jeweils ein lateinischer, griechischer und französischer „Stil“ (Übersetzung vom Deutschen in die Fremdsprache), Übersetzungen aus dem Lateinischen und Griechischen ins Deutsche, Lösung von je zwei mathematischen Aufgaben aus der Algebra und aus der Geometrie/Trigonometrie. Für das schriftliche Abitur waren außer Logarithmentabellen keine Hilfsmittel zugelassen. Die mündliche Prüfung sollte in ganz Baden im selben Jahr jeweils vom selben Oberschulrat abgenommen werden und umfasste für alle Schüler Latein, Griechisch, Französisch, Mathematik, Physik, Geschichte (Übersicht über Weltgeschichte, sowie genauere Kenntnis der griechischen, römischen und deutschen Geschichte), deutsche Literaturgeschichte (Überblick über ihre Perioden und genaue Kenntnis der Hauptwerke der Klassik) und philosophische Propädeutik (formale Logik).
- ⁸⁷ Vgl. die Protokolle in GLA Karlsruhe, 235/17 214.
- ⁸⁸ Programm 1864, S. 8.
- ⁸⁹ Vgl. BECKER (wie Anm. 77), S. 326 f.
- ⁹⁰ Vgl. den Überblick über die an das Freiburger Lyzeum vergebenen großherzoglichen Theologienstipendien bei GERHARD MERKEL: *Studien zum Priesternachwuchs der Erzdiözese Freiburg 1870–1914*. In: *Freiburger Diözesanarchiv* 94, 1974, S. 255 ff.
- ⁹¹ Es gibt keine Nachrichten darüber, wie sich der Kulturkampf auf das Alltagsleben der stark katholisch geprägten Schule ausgewirkt hat. Nur für 1873 teilte das Programm S. 7 f. mit, dass künftig die Mitgliedschaft der Schüler in katholischen Vereinen verboten sei, sowie die Schule keine Sonntagsgottesdienste mehr abhalte. Letzteres hat seinen Grund darin, dass der Erzbischof die Universitätskirche für den katholischen Kult sperrte, weil die badische Regierung diese den gerade entstandenen Altkatholiken zur Benutzung zugewiesen hatte.
- ⁹² So wollten 1877 und 1878 von 15 bzw. 14 Abiturienten nur noch ganze zwei Theologie studieren. MERKEL (wie Anm. 90), S. 37 beschreibt die Entwicklung des Theologiestudiums unter dem Druck des Kulturkampfes wie folgt: 1870–1879 Abschwung, 1880–1886 Stagnation, 1887–1895 steiler Aufschwung.
- ⁹³ Jahresbericht 1885, S. 4.
- ⁹⁴ Vgl. den herzlichen Nachruf des damaligen Direktors, des Geheimen Hofrats Schmalz, im Jahresbericht 1910, S. 3.
- ⁹⁵ GALL (wie Anm. 77), S. 142–146.
- ⁹⁶ Zur „ewigen Vertreibung“ (1424) der Juden aus Freiburg vgl. *Geschichte der Stadt Freiburg*. Hg. von HEIKO HAUMANN und HANS SCHADEK. Bd. 1. Stuttgart 1996, S. 540–545 sowie zu deren Neuansiedlung ebenda. Bd. 3 (wie Anm. 57), S. 157–164; vgl. auch ADOLPH LEWIN: *Juden in Freiburg* i. Br. Trier 1890.
- ⁹⁷ *Das Universitätsstudium in Deutschland während der letzten fünfzig Jahren*. Statistische Untersuchungen unter besonderer Berücksichtigung Preußens. Jena 1884.
- ⁹⁸ Zur Wirkungsgeschichte vgl. DETLEF K. MÜLLER: *Sozialstruktur und Schulsystem*. Aspekte zum Strukturwandel des Schulwesens im 19. Jahrhundert. Göttingen 1977, S. 282 ff.
- ⁹⁹ PETER KOPPENHÖFER: *Bildung und Auslese*. Untersuchungen zur sozialen Herkunft der höheren Schüler Badens 1834/36–1890. Weinheim/Basel 1980, S. 102 f.
- ¹⁰⁰ Im badischen Durchschnitt lag die Repetentenquote in den Jahren 1871 bis 1881 deutlich höher bei 17 %.
- ¹⁰¹ *Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden*, 1884, S. 257.
- ¹⁰² *Geschichte der Stadt Freiburg*. Bd 3 (wie Anm. 57), S. 180.
- ¹⁰³ Etwa 900 von der Höheren Bürgerschule, seit 1896 Oberrealschule mit (eingeschränkter) Abiturbefähigung, sowie 632 Schülerinnen der Höheren Mädchenschule am Holzmarktplatz, die 1919 die Abiturbefähigung erlangte.
- ¹⁰⁴ Jahresbericht 1887, S. 3.
- ¹⁰⁵ So die Berichterstattung durch den Abgeordneten Fieser. Vgl. hierzu PETER und URSULA HUGGLE: *Aus den Annalen des Friedrich-Gymnasiums*. In: *Festschrift zum Schuljubiläum des Friedrich-Gymnasiums*. Freiburg 1979, S. 12 und passim.
- ¹⁰⁶ *Verordnungsblatt des Großherzoglich Badischen Oberschulrates* 42, 1904, S. 143.

- ¹⁰⁷ Jahresbericht 1904, S. 30.
- ¹⁰⁸ Jahresbericht 1880, S. 3.
- ¹⁰⁹ Jahresberichte 1902, S. 4; 1907, S. 4.
- ¹¹⁰ Jahresbericht 1891, S. 4.
- ¹¹¹ Jahresbericht 1915, S. 3.
- ¹¹² Jahresbericht 1915, S. 10 f.
- ¹¹³ DUFNER (wie Anm. 72), S. 77.
- ¹¹⁴ Jahresbericht 1917, S. 3.
- ¹¹⁵ Mitgeteilt bei DUFNER (wie Anm. 72), S. 84. Über den unspektakulären Verlauf der Freiburger „Revolution“ vgl. Geschichte der Stadt Freiburg (wie Anm. 57), S. 267 f.
- ¹¹⁶ Jahresbericht 1919, S. 4.
- ¹¹⁷ Der Dienstrang der Lyzeums- und Gymnasiallehrer entfiel nach 1867. Die Kandidaten erhielten dann bei Anstellung sofort den Dienstrang eines Professors verliehen.
- ¹¹⁸ Es war üblich, dass der Schulleiter das Klassenordinariat der Abschlussklasse erhielt und die übrigen Lehrer entsprechend ihrem Rang die nächstfolgenden, so dass die Anfänger in der Regel die Ordinarie der untersten Klasse erhielten.
- ¹¹⁹ Vgl. oben Anm. 76.
- ¹²⁰ Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungs-Blatt 35, 1837, S. 61.
- ¹²¹ Vgl. NIPPERDEY (wie Anm. 31), S. 457.
- ¹²² BLANCKERTZ (wie Anm. 11), S. 94: „Die von Neuhumanisten ... theoretisch legitimierte Trennung der Bildung von der gesellschaftlichen Wirklichkeit hat zur unpolitischen, privaten, auf die Innerlichkeit des Menschen zurückbezogenen Bewußtseinsposition beigetragen.“
- ¹²³ DAMMERT (wie Anm. 64), S. 20
- ¹²⁴ DAMMERT (wie Anm. 64), S. 50.
- ¹²⁵ REGENTROP (wie Anm. 33), S. 161.
- ¹²⁶ Vgl. oben Anm. 52.
- ¹²⁷ GLA Karlsruhe, 235/17 211.
- ¹²⁸ Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungs-Blatt 33, 1835, S. 309.
- ¹²⁹ Vgl. hierzu WOLFGANG GÜNTER: *Ars Apodemica. Reiseerfahrung als geplantes Lebenslaufelement.* In: *Vormoderne Lebensläufe erziehungshistorisch betrachtet.* Hg. von RUDOLF KECK und ERHARD WIERSING. Köln/Weimar/Wien 1994, S. 347 f.
- ¹³⁰ Verordnungsblatt 1888, S. 217.
- ¹³¹ GLA Karlsruhe, 235/17 219. Die jährlichen Mietkosten für eine geräumige Wohnung beliefen sich damals – je nach Lage – auf 800 bis 1500 Mark. Für den Lebensmittelbedarf einer achtköpfigen Familie (d. h. einschließlich der Dienstmoten) waren täglich etwa 8 bis 10 M zu veranschlagen, was wiederum einem Jahresbedarf von 3000 bis 3500 M entspricht.
- ¹³² Vgl. das von DUFNER (wie Anm. 72), geschilderte Beispiel.
- ¹³³ KOPPENHÖFER (wie Anm. 99), S. 138 f.
- ¹³⁴ KOPPENHÖFER (wie Anm. 99), S. 138.
- ¹³⁵ Schulordnung vom 2. 10. 1869, vgl. JOOS (wie Anm. 20), S. 409.
- ¹³⁶ So etwa Dr. Beck auf seine Lehrbücher für Religion, Geschichte und Philosophie, Schmeisser auf sein Lehrbuch über Rhetorik, Dr. Baumstark auf sein Lehrbuch über Geographie oder seine Ausgabe neulateinischer Reden, Direktor Dr. Rauch auf sein Deutsch-Lesebuch, Direktor Schmalz auf seine lateinische Grammatik, fortgesetzt von Dr. Wohleb, dem späteren badischen Staatspräsidenten, der seit 1920 Lehrer am Berthold-Gymnasium war, Dr. Fecht auf seine Neubearbeitung der griechischen Schulgrammatik von Gustav Wendt, Direktor Dr. Lengle auf seine Oberstufenbücher für den katholischen Religionsunterricht.
- ¹³⁷ Programm 1832, S. 38; vgl. SCHMEISSER (wie Anm. 15), S. 28 ff.
- ¹³⁸ Mit Beginn der 60er Jahre wanderte der Ferienbeginn in die Mitte August und der Schuljahresbeginn an den Anfang Oktober. Und 1876 setzte dann der Oberschulrat das Schuljahresende auf Ende Juli und den Beginn des Schuljahres auf Mitte September, vgl. JOOS (wie Anm. 20), S. 432.
- ¹³⁹ Zur Pflicht wurden diese gedruckten Programme erst durch § 13 des Mittelschulengesetzes von 1836. Die Verordnung über Lehrplan und Schulordnung von 1869 benannte die Programme in „Jahresberichte“ (so erstmals in Freiburg 1881) um und regelte in § 32 deren Inhalt und die Art der wissenschaftlichen Beilage.

- ¹⁴⁰ Zum System der „Lokationen“ (regelmäßige Ermittlung des Leistungsranges innerhalb einer Klasse) an badischen Schulen vgl. KOPPENHÖFER (wie Anm. 99), S. 96 ff.
- ¹⁴¹ HUGGLE (wie Anm. 105), S. 18.
- ¹⁴² JOOS (wie Anm. 20), S. 81 f.
- ¹⁴³ Programm 1845, S. 3–20. Die Schule hat sich auch später auf der Grundlage der allgemeinen Schulordnung von 1904 eine eigene Schulordnung gegeben, die aber leider nicht erhalten ist.
- ¹⁴⁴ JOOS (wie Anm. 20), S. 416.
- ¹⁴⁵ Verordnungsblatt 42, 1904, S. 53.
- ¹⁴⁶ Vgl. z. B. Stadtarchiv Freiburg, C 1 Schulsachen 7 Nr. 16 (Disziplinarfall Roth).
- ¹⁴⁷ JOOS (wie Anm. 20), S. 385, hier auch S. 393–399 die Regularien zur Schulgeldbefreiung.
- ¹⁴⁸ Jahresbericht 1906, S. 4; KOPPENHÖFER (wie Anm. 99), S. 111–116 erklärt die auffällige Steigerung des Schulgeldes in der zweiten Jahrhunderthälfte mit den überproportional gestiegenen Kosten als Folge der rasch wachsenden Schülerzahlen.
- ¹⁴⁹ Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungs-Blatt 35, 1837, S. 61.
- ¹⁵⁰ Vgl. auch KOPPENHÖFER (wie Anm. 99), S. 116–119.
- ¹⁵¹ KOPPENHÖFER (wie Anm. 99), S. 123–129; MERKEL (wie Anm. 90), S. 255 ff.
- ¹⁵² So auch KOPPENHÖFER (wie Anm. 99), S. 136.
- ¹⁵³ MERKEL (wie Anm. 90), S. 34.
- ¹⁵⁴ Vgl. KLAUS GASSNER: Leonhard Schanzenbach und das Freiburger Gymnasialkonvikt. In: Freiburger Diözesanarchiv 122, 1992, S. 265–277.
- ¹⁵⁵ Jahresbericht 1906, S. 12 f.
- ¹⁵⁶ Vgl. MICHAEL GUGEL: „Und Gott der Herr baute ein Weib aus der Rippe, die er von dem Menschen nahm“. Zur Geschichte der ersten Freiburger Mädchenschule. In: Festschrift des Goethe-Gymnasiums Freiburg zum 100. Jahrestag der Eröffnung der Höheren Mädchenschule am Holzmarktplatz. Freiburg 1991, S. 210.
- ¹⁵⁷ Jahresbericht 1908, S. 8.
- ¹⁵⁸ BERND ZYMEK: Schulen, Hochschulen, Lehrer. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Hg. von DIETER LANGEWIESCHE und HEINZ TENORTH. Bd 5: 1918–1945. München 1989, S. 172 f.
- ¹⁵⁹ Als einzige Neuerung wurde nunmehr Englisch wahlweise zu Französisch angeboten.
- ¹⁶⁰ Jahresberichte 1919, S. 4; 1920, S. 4; 1926, S. 4.
- ¹⁶¹ Vgl. Stadtarchiv Freiburg, C 4/XI/12/7.
- ¹⁶² Dies zumeist in Zusammenarbeit mit Vereinen, z. B. Jahresbericht 1925, S. 4 (Schwimmen) oder Jahresbericht 1926, S. 5 (Paddeln).
- ¹⁶³ Jahresberichte 1925, S. 4; 1926, S. 5; 1929, S. 4.
- ¹⁶⁴ Jahresbericht 1925, S. 4.
- ¹⁶⁵ Z. B.: Jahresbericht 1928, S. 5.
- ¹⁶⁶ Zum besonders instruktiven Streit um den „Fall Gumbel“ vgl. HANS GEORG ZIER: Politische Geschichte von 1918 bis 1933. In: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hg. von JOSEF BECKER u. a., Stuttgart 1979, S. 154 f.
- ¹⁶⁷ Jahresbericht 1926, S. 5: „Ein 113er hält auf den Vogesen Wache und schaut sehnsüchtig nach den Bergen der Heimat, ob nicht die Sonne durch den Rauch und Nebel durchbricht und eine neue glücklichere Zeit heraufführt.“
- ¹⁶⁸ Jahresbericht 1928, S. 5.
- ¹⁶⁹ Vgl. HERMANN RÖHRS: Die Reformpädagogik. Ursprung und Verlauf unter internationalem Aspekt. Weinheim ³1998, S. 147–174.
- ¹⁷⁰ FRANZ VOLLMER: Von der höheren Bürgerschule zum Rotteck-Gymnasium. Ein Rückblick auf 125 Jahre Geschichte einer Freiburger höheren Schule. Freiburg 1966, S. 74 f.
- ¹⁷¹ Auch das Friedrich-Gymnasium hatte bereits 1925 zum gleichen Zweck einen Bauernhof am Belchen angemietet, vgl. HUGGLE (wie Anm. 105), S. 24.
- ¹⁷² Zu seiner Biographie vgl. das Freiburger Diözesanarchiv 77, 1957, S. 256 f.
- ¹⁷³ Vgl. VOLLMER (wie Anm. 170), S. 79 ff sowie GUGEL (wie Anm. 156), S. 221.
- ¹⁷⁴ Bedauerlicherweise wird der Mangel an geeigneten Quellen zur Schulgeschichte während der Weimarer Republik noch dadurch vergrößert, dass seine Personalakte, die wichtige Aufschlüsse zu seiner Berufung und Amtsführung geben könnte, verschollen ist.

- ¹⁷⁵ Nach Ausweis des Jahresberichtes 1925, S. 5 wurden in diesem Zusammenhang fünf Lehrer vorzeitig pensioniert.
- ¹⁷⁶ Vertrauliches Schreiben des Ministeriums an die Direktoren, mitgeteilt bei HUGGLE (wie Anm. 105), S. 27.
- ¹⁷⁷ GUGEL (wie Anm. 156), S. 231.
- ¹⁷⁸ Vgl. die NS-Tageszeitung „Der Alemanne“ vom 24. 4. 1934.
- ¹⁷⁹ 1937 erfolgte dann die „Rassentrennung“ im Schulwesen, 1942 wurde die weitere „Beschulung“ von Juden untersagt.
- ¹⁸⁰ Der Einführungserlass benennt die ideologischen Ziele der Reform wie folgt: „Die nationalsozialistische Revolution der Weltanschauung hat an die Stelle des Trugbildes der gebildeten Persönlichkeit die Gestalt des wirklichen, d.h. durch Blut und geschichtliches Schicksal bestimmten deutschen Menschen gesetzt und anstelle der humanistischen Bildungsideologie ... eine Erziehungsordnung aufgebaut, die sich aus der Gemeinschaft des wirklichen Kampfes entwickelt hatte. Nur aus dem Geiste dieser politischen Zucht kann auch echte Bildung als die zentrale Aufgabe der kommenden Schule erwachsen, die die Begeisterungsfähigkeit des jungen Deutschen nicht lähmt, sondern steigert und zur Einsatzfähigkeit fortführt.“ Aus: Zur Geschichte der Höheren Schule. Hg. von ALBERT REBLE. Bd 2. Bad Heilbrunn 1975, S. 153 f.
- ¹⁸¹ Um Zeit für Reichsarbeitsdienst und Wehrmacht zu gewinnen.
- ¹⁸² Um die Mädchen besser nach ihren ideologischen Vorgaben formen zu können. Allerdings erlaubte die Rechtsverordnung bei Sonderformen (wie dem Berthold-Gymnasium) den Besuch von Mädchen in Jungenschulen. Zur NS-Mädchenerziehung vgl. GUGEL (wie Anm. 156), S. 233–236.
- ¹⁸³ Staatsarchiv Freiburg, D 180/2/39095.
- ¹⁸⁴ Zum folgenden vgl. seine Personalakte GLA Karlsruhe, 235/20 247.
- ¹⁸⁵ Im ersten Gutachten nach seiner 1927 erfolgten Versetzung ans Freiburger Friedrich-Gymnasium urteilte sein Schulleiter Dr. Hausrath: „Begabung und auch die Leistungen (sind) sehr mäßig.“ Erst nachdem sein ehemaliger Karlsruher Direktor Dr. Dürr als Direktor an das Friedrich-Gymnasium versetzt worden war, wurden seine dienstlichen Beurteilungen besser.
- ¹⁸⁶ Diesem Vorwurf unterlagen damals allerdings viele auch parteitreue Direktoren, sobald sie ihre Amtsgewalt gegenüber dem oft dreisten Verhalten der jungen HJ-Führer an ihrer Schule nicht schmälern lassen wollten, vgl. den analogen Vorwurf gegen Direktor Dr. Ludin von der Oberrealschule bei VOLLMER (wie Anm. 170), S. 93 ff.
- ¹⁸⁷ Dies fällt besonders dann auf, wenn man die von beiden erstellten Lehrerbeurteilungen miteinander vergleicht: bei Dr. Lengle klare Feststellungen nach sinnvollen analytischen Kategorien, bei König häufig verschwommene und zufällig aneinandergereihte Beobachtungen. Allerdings hat König – jedenfalls nach Ausweis der eingesehenen Personalakten – Urteile über die politische Haltung und Zuverlässigkeit usw. seiner Lehrerschaft vermieden.
- ¹⁸⁸ FRANZ HERMANN FRANKEN: Auf schmalen Grat. Bern/München/Wien 1990, S. 75 f; HANSJÖRG SICK: Die Fahne am Pfarrhaus. Eine Jugend zwischen 1933 und 1945. Karlsruhe ³1994, S. 27.
- ¹⁸⁹ Vgl. FRANKEN (wie Anm. 188), S. 75 f.
- ¹⁹⁰ Parteieintritt: 22. 11. 1931.
- ¹⁹¹ Protokoll einer Unterredung mit Ministerialrat Dr. Kraft, 28. 10. 1937, Staatsarchiv Freiburg, L 50/1 5844. Nach seinen dienstlichen Beurteilungen zu schließen, hätte auch Sailer unter normalen Umständen keine Aussicht auf ein Leitungsamt gehabt: Sowohl Dr. Lengle als auch sein Parteigenosse König beurteilten ihn als mittelmäßig.
- ¹⁹² Schreiben an das Kultusministerium, 6. 9. 1937, Staatsarchiv Freiburg, L 50/1 5844: „Vor allem mußte ich feststellen, daß der durch den Führer proklamierte Grundsatz, in Beförderungsstellen hauptsächlich verdiente alte Parteigenossen zu ernennen, bis jetzt in Baden in der altsprachlichen Abteilung überhaupt nur in einem einzigen Falle berücksichtigt worden ist (gemeint ist hier König).“
- ¹⁹³ GLA Karlsruhe, 235/35 297.
- ¹⁹⁴ Staatsarchiv Freiburg, L 50/1 5844. Von 1944 bis zu seiner Absetzung durch die französische Besatzungsmacht im August 1945 war Sailer dann schließlich doch noch Direktor des Friedrich-Gymnasiums.
- ¹⁹⁵ Schreiben des Ministeriums an die Stadt Freiburg, 18. 1. 1940. GLA Karlsruhe, 235/17 323.
- ¹⁹⁶ Stadtarchiv Freiburg, C 4/XI/12.

- ¹⁹⁷ GLA Karlsruhe, 235/17 323.
- ¹⁹⁸ GLA Karlsruhe, 235/20 247.
- ¹⁹⁹ Stadtarchiv Freiburg, C 4/XI/12.
- ²⁰⁰ Dazu mehr bei WERNER GULDENFELS: 100 Jahre Heimschule Lender. Bühl 1975, S. 206.
- ²⁰¹ MAX BREITHAUPT: Kurze Geschichte des Freiburger Humanistischen Gymnasiums. In: Das Freiburger Berthold-Gymnasium 1958. Festschrift zur Einweihung des Neubaus an der Hirzbergstraße, Freiburg 1958, S. 26.
- ²⁰² Von den 23 Lehrern, die im November 1944 zum Berthold-Gymnasium gehörten, waren 10 Mitglieder der NSDAP gewesen, vgl. die Aufstellung in der Akte „Altes BG“ im Schularchiv des Berthold-Gymnasiums. Nach Auskunft ehemaliger Schüler wurden von diesen 10 wiederum nur vier als „Überzeugte“ wahrgenommen.
- ²⁰³ Vgl. FRANKEN (wie Anm. 188), z. B. S. 127–133; SICK (wie Anm. 188), S. 29 f. Dank schulde ich den Oberstudiendirektoren a. D. Dr. Werner Herz, Villingen, Dr. Josef Vogt, Stegen, und Dr. Werner Guldenfels, Freiburg, die während des 3. Reiches Schüler am Berthold-Gymnasium gewesen waren, für zahlreiche wertvolle Hinweise auf das damalige „Innenleben“ aus Schülersicht.
- ²⁰⁴ In: Meine Schulzeit im Dritten Reich. Erinnerungen deutscher Schriftsteller. Hg. von MARCEL REICH-RANICKI. München ³1993, S. 198.
- ²⁰⁵ Vgl. die köstliche Schilderung bei FRANKEN (wie Anm. 188), S. 113 f.
- ²⁰⁶ FRANKEN (wie Anm. 188), S. 149–159.
- ²⁰⁷ Archiv des Berthold-Gymnasiums.
- ²⁰⁸ „Rouvrier rapidement les écoles primaires et secondaires et les doter de nouveaux manuels ou de manuels antérieurs à 1933. Filtrer soigneusement les instituteurs.“ Aus: RAINER HUDEMANN: Kulturpolitik und Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland. In: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950. Hg. von FRANZ KNIPPING und JACQUES LE RIDER. Tübingen 1987, S. 19.
- ²⁰⁹ Geschichte der Stadt Freiburg (wie Anm. 57), S. 396.
- ²¹⁰ Grundlegend zur französischen Besatzungspolitik KLAUS-DIETMAR HENKE: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949. Hg. von CLAUS SCHARF und HANS-JÜRGEN SCHRÖDER. Wiesbaden 1983, S. 49–89.
- ²¹¹ Schreiben des Gouvernement militaire de Bade an Dr. Ott, 13.8.1946, Staatsarchiv Freiburg, F 110/4 305: „L'établissement unique qui commencera à fonctionner dès la rentrée scolaire de 1946 portera le nom de Gymnasium. Il offrira le même type d'enseignement à tous les élèves pendant les trois premières années d'étude. A partir de la 4^{ème} année (Untertertia), les élèves auront à choisir entre une division classique et une division moderne. A partir de la 6^{ème} année d'étude (Untersekunda), les divisions principales se subdiviseront elles-mêmes en sections, de façon à offrir aux élèves un choix varié d'études (A: français-latin-grec, B: français-latin-anglais, C: français-latin-sciences, D: français-anglais-sciences). Toute différence entre les établissements de garçons et de filles sera également supprimée.“
- ²¹² Z. B. Visitationsbeurteilung durch den Geheimen Hofrat Dr. Boll, 1920, Staatsarchiv Freiburg, L 29/3/6 12 050 sowie durch den Geheimen Hofrat Deubner, 1925: „Unter den jüngeren Herren ist an erster Stelle Breithaupt zu nennen, fraglos der wertvollste Lehrer der ganzen Anstalt [Konstanz].“
- ²¹³ Platonisches Lehren. Probleme der Didaktik dargestellt am Modell des altsprachigen Unterrichts. Stuttgart 1966.
- ²¹⁴ Dr. Breithaupt hatte das Ministerium zuletzt gebeten, ihn „nach Freiburg ans Berthold-Gymnasium (nur an dieses) versetzen“ zu wollen: Schreiben vom 24.3.1937, Staatsarchiv Freiburg, L 29/3/6 12 050.
- ²¹⁵ Schreiben der Kreis- an die Gauleitung, 19.3.1935, Staatsarchiv Freiburg, L 29/3/6 12 050. Vgl. auch das Schreiben der Gauleitung an das Kultusministerium vom 12.12.1935, das Dr. Breithaupt den Vorwurf macht, er gehöre zum „politischen Katholizismus“. Hinter den Konstanzer Umtrieben gegen Dr. Breithaupt stand offenbar der ehemalige Turnlehrer an Breithaupts Schule, Schätzel, der mittlerweile zum Leiter des NS-Kreisamtes für Erziehung avanciert war.
- ²¹⁶ Vgl. den anschaulichen Bericht von BREITHAUPT (wie Anm. 201), S. 30.
- ²¹⁷ Nach den Vorstellungen der französischen Militäradministration sollte grundsätzlich kein Gymnasiallehrer, der der NSDAP angehört hatte, wieder unterrichten dürfen. Da diese rigorose Linie

nicht durchzuhalten war (in Südbaden hätte dann höchstens etwa ein Drittel der Gymnasiallehrer den Dienst wieder antreten dürfen), musste die Militäradministration einen schmerzhaften „compromis entre les nécessités du service d’une part et les nécessités de la dénazification d’autre part“ finden und zwar so, dass sie gering belastete Lehrer zur Bewährung und mit der Möglichkeit sofortiger Dienstenhebung einstellte. Zur Entnazifizierung vgl. ANGELIKA RUGE-SCHATZ: Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949. Frankfurt 1977; REINHARD GROHNERT: Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeption und Praxis der „Euration“ am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone. Stuttgart 1991, S.129–135. 1946 wurden elf gering belastete Lehrer des Berthold-Gymnasiums wieder in das Beamtenverhältnis übernommen, allerdings mit zum Teil erheblichen Degradierungen, vgl. Staatsarchiv Freiburg, F 110/14 23. Während der frühen 50er Jahre tauchten dann alle übrigen belasteten Lehrer, soweit sie noch dienstfähig waren, in der Schule wieder auf.

²¹⁸ Der aus Metz stammende Paul Salomon war eine außergewöhnliche Erscheinung: Nach dem Studium nahm er als Kriegsfreiwilliger am Ersten Weltkrieg teil, unterrichtete dann bis 1933 an einem Frankfurter Gymnasium, schlug sich während des 3. Reiches mit wissenschaftlichen Gelegenheitsarbeiten, als Feinmechaniker und Uhrmacher durch, entging dreimal nur knapp dem Konzentrationslager durch Flucht in die Wälder. Seit 1945 arbeitete er bei der französischen Militäradministration in Freiburg als Dolmetscher, da er als Lothringer fließend Französisch sprach. Doch es drängte ihn in die Schule zurück. Als er dann schließlich 1951 von Gesetzes wegen pensioniert wurde, bat er darum, weiterhin ohne Bezahlung als Lehrer tätig sein zu dürfen, da er „einen solchen Hunger zum Unterrichten“ verspüre. Zur Person vgl. die Personalakte im Staatsarchiv Freiburg, L 50/1 5821.

²¹⁹ Die erste zentrale Reifeprüfung war auch in dem Sinne zentral, dass sie für die 297 Kandidaten aus Freiburg und der näheren Umgebung im Gebäude des Friedrich-Gymnasiums stattfand.

²²⁰ Bekanntmachung des Kultusministeriums, Staatsarchiv Freiburg, F 110/4 305.

²²¹ Staatsarchiv Freiburg, F 110/4 305.

²²² Die Schule selbst bevorzugte die Bezeichnung „Humanistisches Gymnasium Freiburg“, um sich gegen die Übertragung des Begriffs „Gymnasium“ auf jede höhere Schule durch die Besatzungsmacht abzugrenzen, vgl. BREITHAUPT (wie Anm. 201), S. 31.

²²³ Hierfür und für das Folgende vgl. die von Dr. Breithaupt im Typoskript angefertigten Jahreschroniken nach dem Vorbild der früheren Jahresberichte, Schularchiv Berthold-Gymnasium.

²²⁴ Vgl. HELLMUT PHLEPS: Baugeschichte des Neubaus an der Hirzbergstraße. In: Das Freiburger Berthold-Gymnasium 1958. Festschrift zur Einweihung des Neubaus an der Hirzbergstraße 1958. Freiburg 1958, S. 36–41.